

ANFRAGEN an den Bürgermeister

1) Ausweitung leistbarer Kinderbetreuungsplätze – sozial gestaffelte Elternbeiträge für Tagesmütter

GRin. **Potzinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Beide Anfragen beschäftigen sich mit dem Thema leistbare Kinderbetreuung in Graz. Die erste Anfrage betrifft vor allem die Altersgruppe 0 – 3, es geht um die Ausweitung leistbarer Kinderbetreuungsplätze durch sozial gestaffelte Elternbeiträge für Tagesmütter. Durch das auf einem einstimmigen Gemeinderatsbeschluss basierende einheitliche sozial gestaffelte Tarifsysteem ist es gelungen, für alle Grazer Kinder im Kindergartenalter bedarfsgerechte Kindergartenplätze in städtischen, privaten und kirchlichen Einrichtungen abzusichern.

Unter dreijährige Kinder werden großteils von ihren Familien betreut, schön für die Kinder. Berufsbedingt brauchen aber immer mehr Eltern auch für diese Altersgruppe familienergänzende Betreuungseinrichtungen.

Derzeit werden zirka 500 unter dreijährige Kinder in städtischen und privaten Kinderkrippen und über 300 unter dreijährige Kinder von Tagesmüttern betreut. Obwohl die Gesamtkosten für Betreuungsplätze in Krippen wesentlich höher sind als bei Tagesmüttern, sind die tatsächlichen Kosten für die Eltern bei Tagesmüttern wesentlich höher, da sozial gestaffelte Elternbeiträge nur in den Krippen gelten. Für die Leistung der Tagesmütter müssen Eltern jedenfalls den Vollpreis bezahlen, wodurch diese Betreuungsform für viele junge Familien nicht leistbar ist. Um jungen Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu erleichtern, ist eine Ausweitung erschwinglicher Betreuungsplätze dringend erforderlich. Die Einführung sozial gestaffelter Elternbeiträge bei Tagesmüttern ist daher aus unserer Sicht der effizienteste Weg, möglichst rasch in der Stadt Graz zusätzlich für alle berufstätigen Eltern leistbare Betreuungsplätze zu schaffen.

Daher richte ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, die zuständigen Stellen zu beauftragen, umgehend die notwendigen Maßnahmen sowie den finanziellen Mehrbedarf für die Einführung sozial gestaffelter Elternbeiträge bei Tagesmüttern zu prüfen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Kostenvergleich Nachmittagsbetreuung für Pflichtschüler – Vollkosten, Kostenanteil der Stadt Graz, Elternbeiträge

GRin. **Potzinger** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Potzinger**: Die nächste Anfrage betrifft die Nachmittagsbetreuung von Schulkindern im Pflichtschulalter. Es geht um einen Kostenvergleich der Nachmittagsbetreuung bei Pflichtschülern betreffend Vollkosten, Kostenanteil der Stadt und Kostenanteil der Familien, sprich Elternbeiträge. In der Stadt Graz gibt es ein vielfältiges Angebot an Nachmittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler im Pflichtschulalter: Horte, Vereine, Tagesmütter, ganztägige Schulformen entlasten vor allem berufstätige Eltern. Die Kosten für die Eltern sind jedoch höchst unterschiedlich. Nicht in allen Einrichtungen gibt es sozial gestaffelte Elterntarife, der Vollpreis für einen Betreuungsplatz in einer von Vereinen durchgeführten Nachmittagsbetreuung ist um über 50 Euro pro Kind und Monat höher als im städtischen Hort, weil die Stadt in Horte wesentlich mehr investiert, obwohl die Gesamtkosten pro Betreuungsplatz im Hort eklatant höher sind. Für die Eltern ist es oft ein "Glücksspiel", einen leistbaren Betreuungsplatz für ihr Kind zu bekommen. Bei

Geschwistern verschärft sich die Situation zusätzlich - wahrlich kein positives Signal für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf! Insbesondere Mütter, die ihren Kindern zuliebe Teilzeit arbeiten, um früher zu Hause zu sein, und nur wenige familienergänzende Betreuungsstunden benötigen, klagen über hohe Kosten, weil man leider die Nachmittagsbetreuung nicht stundenweise buchen kann.

Die Stadt Graz sollte daher möglichst rasch die Nachmittagsbetreuungsangebote evaluieren und (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) gemäß den Rechnungshofprüfkriterien Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit qualitätsvolle, bedarfsgerechte Betreuungsformen privater Anbieter ebenso fördern wie öffentliche Einrichtungen.

Daher stelle ich namens der ÖVP-Fraktion, an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ersuche dich um deine Bereitschaft, Folgendes zu veranlassen: dass die Nachmittagsbetreuungsangebote für PflichtschülerInnen von den ressortzuständigen Stellen evaluiert werden mit besonderer Beachtung der Gesamtkosten, der Kostenanteile der Stadt Graz und der Elternbeiträge. Weiters sind Vorschläge für Maßnahmen zu erarbeiten, die ein für Eltern leistbares, qualitätsvolles familienergänzendes Betreuungsangebot absichern (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

3) Absichtserklärung zum Beitritt der Stadt Graz zur europäischen Koalition der Städte gegen Rassismus

GR. **Hohensinner** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Meine Anfrage betrifft die Absichtserklärung zum Beitritt der Stadt Graz zur europäischen Koalition der Städte gegen Rassismus. Ab Morgen findet in Nürnberg eine UNESCO-Konferenz statt, die sich mit dem Thema Rassismus beschäftigt mit dem Ziel, dass eine gemeinsame Vorgangsweise möglichst vieler europäischer Städte gefunden wird.

Die Stadt Graz ist dort durch das ETC vertreten.

Daher richte ich an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, uns den Text, den Herr Mag. Klaus Starl von dir bekommen hat, um bei dieser Konferenz die Absicht der Menschenrechtsstadt Graz zu bekunden, an diesem Netzwerk teilzunehmen, vorzulesen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Da wir uns beim ETC erkundigt haben, wer so eine Absichtserklärung abzuschicken hat und die Auskunft bekamen, dass dies die jeweiligen Bürgermeister tun, habe ich mir erlaubt, so eine Absicht anzukündigen, sobald klar ist, was dieser Beitritt endgültig für die Stadt Graz bedeutet, nämlich auch finanziell, werde ich Stadtsenat und Gemeinderat damit befassen. Dieser Brief wird von Mag. Klaus Starl, der uns bei dieser Konferenz in Nürnberg morgen und übermorgen vertritt in meinem Namen dem Vorsitzenden des Menschenrechtsbüros Nürnberg übergeben werden. Der Inhalt lautet: Die Stadt Graz möchte hiermit ihre Absicht zum Beitritt der Stadt zu der von der UNESCO initiierten European Collegen of Cities agents and xenofobia zum Ausdruck bringen, sobald ihre jeweiligen

Entscheidungsgremien eine offizielle Entscheidung gefällt haben. Mit herzlichen Grüßen aus Graz, Bürgermeister Siegfried Nagl (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Mag. Candussi: unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Mit heutigem Datum, man ist manchmal schneller als das manchem lieb ist. So schnell kann es gehen.

4) Sanierung Bad Eggenberg

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Wenn das, was ich als Anliegen da vorbringe, auch so schnell geht, dann sind wir natürlich alle höchst zufrieden. Nämlich, dass das Bad Eggenberg seit Jahren dringendst sanierungsbedürftig ist, dürfte hinlänglich bekannt sein – seit Jahren beschäftigt dieser Themenkomplex ja auch dieses Haus und den Gemeinderat.

Faktum aber ist: Außer immer neuen Konzepten, immer neuen Ideen ist bis dato herzlich wenig passiert in Eggenberg. Dazu passt auch die nicht ganz neue Idee, die jüngst und zeigerecht vor den Landtagswahlen medial vom Herrn Landesrat Schützenhöfer angekündigt wurde, nämlich in Eggenberg einen Sportcluster errichten zu wollen. Gemeint ist damit angeblich ein großes Sport- und Kompetenzzentrum mit Forschungseinrichtungen, mit für internationale Wettkämpfen geeigneten Anlagen, in dem angeblich auch alle Dachverbände hier ihre Heimstätte finden sollen.

Das Problem daran aus meiner Sicht: Beim ersten Hinhören, meine Damen und Herren, klingt diese Idee ja ganz nett. Allerdings: Konkretes liegt bis jetzt nicht auf dem Tisch. Da gibt es vage Kostenschätzungen, die von insgesamt rund 78

Millionen Euro ausgehen. Umgerechnet, und das in unserer alten und noch geliebten Währung zu sagen, eine Milliarde Schilling. Wer soll diese Milliarde bezahlen? Da ist davon die Rede, dass Bund und Land ohnehin etwas beitragen würden. Ich frage: Wie viel? Da ist sogar schon davon die Rede, dass die Dachverbände mit Übersiedlung nach Eggenberg ihre alten Heimstätten aufgeben sollten, da das Land dann postwendend die Subventionen dafür streichen möchte. Hat sich jemand überlegt, welche Folgen dies für den Breiten- und Schulsport hätte, wenn diese Sportanlagen plötzlich nicht mehr zur Verfügung stehen würden?

Wie gesagt: Viele Fragen, wenig Konkretes, eigentlich nichts Handfestes. Und was mit dem Bad Eggenberg einstweilen passiert, das bleibt in den Sternen, verfällt es weiter, ob es im nächsten Jahr überhaupt noch aufgesperrt werden kann und vieles andere steht in den Sternen.

Umso wichtiger, sehr geehrter Herr Bürgermeister, wäre es, raschest Klarheit zu erhalten.

Zwischenruf GR. Schönegger: Da müssen Sie mit dem Finanzstadtrat reden.

GR. **Kolar:** Klarheit darüber, ob dieser Sportcluster nur eine Luftblase bleibt, ob die Stadt Graz nicht unter Umständen gezwungen sein wird, meine Damen und Herren, wieder einmal in Eigenregie ohne Bundes- und Landesunterstützung ein Projekt zu finanzieren.

In diesem Sinne, sehr geschätzter Herr Bürgermeister, stelle ich daher an dich die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, endlich vom zuständigen Sportlandesrat Hermann Schützenhöfer konkrete Pläne zum Sportcluster Eggenberg einschließlich Finanzierungsvarianten, was Bundes- und Landesbeteiligungen betrifft, einzufordern, dies dem Gemeinderat vorzulegen und in der Folge im Rahmen eines Bad-Gipfels mit allen

Entscheidungsträgern und den Stadtwerken diese Realisierungsmöglichkeiten umzusetzen. Danke herzlichst (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, wird nach Rücksprache mit Herrn Finanzstadtrat Riedler geschäftsordnungsgemäß erledigt werden. Darüber hinaus haben wir heute noch beim dringlichen Antrag, glaube ich, genug Debatte drüber.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) Radarüberwachung durch Beauftragung an Private

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger** stellt folgende Frage:

Dr. **Getzinger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Seit einigen Wochen wird auf Gemeindestraßen in Graz auf Auftrag der Baudirektion beziehungsweise von Stadtrat Dr. Gerhard Rüschi durch ein Privatunternehmen die Radarüberwachung durchgeführt – eine für sehr viele sehr überraschende Maßnahme.

Grundsätzlich steht selbstverständlich außer Streit, dass Maßnahmen, die zur Einhaltung von Geschwindigkeitsbeschränkungen beitragen und die damit die Verkehrssicherheit erhöhen, zu begrüßen sind – speziell im Umfeld von Schulen, Kinderbetreuungseinrichtungen, Spielplätzen oder SeniorInnenheimen kommt es durch Geschwindigkeitsüberschreitungen oft zu sehr gefährlichen Situationen. Auch mag es richtig sein, dass im konkreten Fall auf Grund der Unterschreitung der so genannten Wertgrenzen eine Befassung des Ausschusses oder gar des Gemeinderates nicht notwendig gewesen sein mag. Dennoch erlaube ich mir, kritisch anzumerken: Bei einer derart heiklen Materie hätte ich es mir – und ich weiß, dass

viele Kolleginnen und Kollegen derselben Meinung sind – gewünscht, um nicht zu sagen, ich hätte mir erwartet, dass seitens des zuständigen Stadtsenatsmitgliedes vor Beginn der Aktion zumindest die Mitglieder des Verkehrsausschusses eingebunden, auf alle Fälle aber informiert werden.

Denn die Vergabe der Radarüberwachung an ein Privatunternehmen ist eine Entscheidung von großer Tragweite – und, salopp formuliert, wenn etwas „daneben“ geht, werden wir alle als GemeinderätInnen, wird die Stadt als Ganzes damit konfrontiert. Und ich darf daran erinnern: So ganz klaglos war die Startphase ja nun wirklich nicht, wenn wir an die versehentliche Veröffentlichung der ersten Einsatzzeiten und Einsatzorte etwa denken. Und ganz so klaglos könnte sich in weiterer Folge auch das Abstrafen der Temposünderinnen und -sünder nicht entwickeln, wenn man Experten Glauben schenken darf, die zum Teil vor einem „rechtlichen Graubereich“ warnen und entsprechende rechtliche Probleme orten. In diesem Sinne wäre denn auch eine Vorabinformation der Mitglieder des Gemeinderates als das oberste Organ dieser Stadt wünschenswert gewesen – denn „Wertgrenzen“ sollten in letzter Konsequenz wirklich nicht das Kriterium darstellen, ob ein Ausschuss, ein fachlicher Ausschuss, mit einer Frage befasst wird oder nicht.

In diesem Sinne stelle ich daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, im Rahmen Ihrer Koordinierungskompetenz die

A n f r a g e ,

ob Sie bereit sind,

- a) in der konkreten Angelegenheit private Radarüberwachung den zuständigen Stadtsenatsreferenten beziehungsweise die entsprechende Magistratsabteilung aufzufordern, zumindest dem zuständigen Verkehrsausschuss einen Bericht über Intentionen, Rahmenbedingungen, Kosten und zu erwartenden Folgen zu geben und
- b) auf die Mitglieder des Stadtsenates einzuwirken, dass in Zukunft bei derart sensiblen Materien – unbeschadet von formalen Kriterien wie Wertgrenzen – die entsprechenden Ausschüsse vorab informiert werden?

Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) SchülerInnen mit anderer Erstsprache als Deutsch an Grazer Pflichtschulen

GRin. **Edlinger** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Edlinger**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Die Einschreibungen für die städtischen Pflichtschulen sind bereits im März dieses Jahres erfolgt.

Ich habe daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in der Gemeinderatssitzung des Gemeinderates am 12. Mai 2005 bereits eine Anfrage gerichtet dahingehend, welcher Anteil an Kindern mit anderer Erstsprache als Deutsch an den einzelnen Grazer Pflichtschulen für das Schuljahr 2005 und 2006 zu erwarten ist. Den Grund, warum ich damals diese Anfrage an Sie gestellt habe, habe ich damals ebenso von dieser Stelle aus erläutert, denn wenn wir die Schuleinschreibung im März haben, dann bleiben bis zum Schulbeginn sechs Monate, also ein halbes Jahr, Zeit, um geeignete Maßnahmen zu treffen, um betroffene Schulstandorte mit einem sehr hohen Anteil von Kindern mit anderer Erstsprache als Deutsch bestmöglich zu unterstützen, diese Kinder bestmöglich zu unterstützen und zu fördern und Lehrer/Lehrerinnen an diesen Schulstandorten bestmögliche Rahmenbedingungen für den Unterricht zu ermöglichen.

Seither, seit meiner Anfrage, sind über vier Monate vergangen. Das Schuljahr 2005/2006 hat in der Zwischenzeit begonnen und einzig eine Antwort haben wir von Ihnen leider noch immer nicht erhalten. Wobei es mir nicht nur jetzt um eine Antwort für mich geht, sondern die Frage ist, was ist einfach in der Zwischenzeit passiert? Auf Landesebene hat der Landesschulratspräsident festgelegt, dass zukünftig Schuleinschreibungen im Herbst, also im Oktober, zu erfolgen haben, aber das hilft erstens den Erstklasslern und Erstklasslerinnen von heuer nichts mehr und zweitens hilft auch eine Einschreibung im Oktober nichts, wenn dann eventuell sogar ein

ganzes Jahr vorüberzieht, ohne dass geeignete Maßnahmen im Vorfeld gesetzt werden. Was ist in der Zwischenzeit noch passiert? Hunderte Lehrer und Lehrerinnen sind, besser gesagt, ihre Verträge sind nicht verlängert worden. Argumentiert wird dies mit den zurückgehenden Schüler-/Schülerinnenzahlen, wir hatten hier herinnen bereits mehrmals die Diskussion, aber da gibt es offensichtlich auch unterschiedliche Zugänge, wir fordern, dass wir zurückgehende Schüler-/Schülerinnenzahlen dazu nutzen, dass einfach die Klassenschüler/-schülerinnenhöchstzahlen gesenkt werden. Statt eben diese nun nicht mehr beschäftigten Lehrer/Lehrerinnen dafür einzusetzen, dass an Standorten mit vielen Schüler/Schülerinnen mit anderer Erstsprache als Deutsch bestmögliche Förderung und zusätzliche Lehrkräfte zur Verfügung stehen, sind diese Lehrer/Lehrerinnen nun ohne Vertrag. Wobei ich schon weiß, dass Sie als Bürgermeister nicht zuständig sind für den Vertrag dieser LehrerInnen, aber Sie haben doch, denke ich mir, auch eine Verantwortung, sich dafür einzusetzen, vor allem auch bei Ihrer Bildungslandesrätin. Und was ist in der Zwischenzeit auch passiert? Das Schuljahr hat begonnen und wir haben an den betreffenden Standorten, zumindest meinem Wissensstand nach, erste Volksschulklassen mit 30 Kindern in der Klasse, mit einem extrem hohen Anteil mit Kindern mit nicht Deutsch als Muttersprache, was per se noch nicht das Problem ist, wenn die Kinder einfach im Vorfeld bereits im Kindergarten gut deutsch gelernt haben, aber in den konkreten Fällen, die ich kenne, sind einfach in diesen Klassen mit 30 Schüler/Schülerinnen einfach auch viele Kinder, die eben noch nicht im Kindergarten waren und die noch nicht gut genug Deutsch können.

Ich stelle daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, in Ihrer Funktion als Vorsitzender des Bezirksschulratskollegiums, in Ihrer Funktion für das Integrationsressort Zuständiger und in Ihrer Funktion, die Sie für die Koordinierung auf Stadtregierungsebene innehaben, namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Können Sie Auskunft geben darüber, welcher Anteil an Kindern mit anderer Erstsprache als Deutsch an den einzelnen Grazer Pflichtschulen im Schuljahr 2005/2006 gegeben ist (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Frau Gemeinderätin, erstens tut es mir Leid, informiert hat man Sie jetzt gerade während der Gemeinderatssitzung. Ich habe das auch nicht gewusst, dass der Brief Sie nicht erreicht hat, aber ich kann es auch hier gerne kundtun, ich habe in den letzten Tagen eine Menge an Anfragebeantwortungen auch wieder an alle Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates verschicken lassen, darunter war auch die Antwort auf Ihre Frage. Das Stadtschulamt hat mir am folgende Stellungnahme mitgeteilt: Am 7. und 8. März 2005 haben die SchülerInneneinschreibungen an den einzelnen städtischen Grazer Volksschulen stattgefunden, demnach beträgt die Anzahl der zu erwartenden SchülerInnen für das Schuljahr 2005 und 2006 auf der ersten Schulstufe insgesamt 1.722 Kinder. Davon werden 601 Kinder mit nicht deutscher Muttersprache erwartet, davon wiederum voraussichtlich 491 außerordentliche SchülerInnen, was soviel bedeutet, dass sie der deutschen Sprache überhaupt nicht mächtig sind. Abschließend darf bekannt gegeben werden, dass Änderungen bis zum Schulbeginn noch möglich sind. Das hat der Herr Dr. Just mir weitergeleitet und ich habe Ihnen diese Antwort gegeben, sie ist leider nicht angekommen. Sie haben allerdings heute auch schon das Schülerchaos angedeutet, selbstverständlich macht es uns wie schon in den vergangenen Jahren keine große Freude, dass es einen so großen Anteil von Kindern in einer Klasse gibt, angeblich auch jetzt schon 100 Prozent laut Ihrer heutigen Zeitungsmeldung, 100 % in einer Klasse, da sind selbstverständlich die Lehrer arm, da haben wir eigentlich gar keine andere Auffassung und wir werden uns bemühen, dass wir das hinkriegen und Sie haben mir schon viele Punkte aufgezählt, mich würde es auch interessieren, welche Lösungsvorschläge Sie noch hätten. In den vergangenen Jahren war das leider so, aber Sie wissen, es gibt auch gesetzliche Rahmenbedingungen, wonach das Verteilen von Kindern innerhalb des Stadtgebietes gar nicht so einfach ist (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Danke für die Zahlen, die Sie genannt haben. Allerdings ist es keine Antwort auf meine Frage, weil meine Frage hat sich, Sie haben die Gesamtzahlen hier berichtet, meine Frage sowohl damals im Mai als auch jetzt hat sich an den Anteil an den einzelnen Grazer Pflichtschulen bezogen, weil ich habe natürlich Schulen, wo der Anteil von Kindern mit anderer Erstsprache als Deutsch relativ

gering ist und ich habe Schulen, wo, würde ich einmal behaupten, der Anteil bei 90 % und mehr liegt mittlerweile. Und wenn Sie heute hier sprechen, dass dieser Anteil Ihnen keine Freude macht, dann ist das genau das, was ich befinden würde, dass das zu wenig ist, weil das ist keine neue Situation, die heuer erstmals eintritt. Ich habe ein bisschen nachgeschaut, was Sie denn 2002 bereits im Internet publiziert hatten im Rahmen Ihrer Vorhaben für die damals kommende Gemeinderatswahl im Jänner 2003, da waren drei Ihrer Punkte in Ihrem Wahlprogramm: ein verpflichtetes Kindergartenjahr, das die Chance bieten soll, dass Kinder ohne deutsche Muttersprache noch vor dem Eintritt in die Schule die Sprache erlernen. Sie haben damals gefordert, dass in den Pflichtschulen mit hohem Ausländeranteil festzulegende Höchstgrenzen nicht überschritten werden, ich weiß nicht, es ist nicht genau beziffert, was eine festzulegende Höchstgrenze Ihrer Meinung nach ist und dass Kinder ohne Deutschkenntnisse in speziellen Klassen sogar intensiv auf den allgemeinen Unterricht vorbereitet werden. Tatsache ist, es bringt nichts, wenn wir von Jahr zu Jahr immer wieder die Verteilungszahlen bekritteln und sagen, es macht uns keine Freude, dass die Rahmenbedingungen an diesen Schulen halt recht schwierig sind und dass die Lehrer/Lehrerinnen dort unter schweren Bedingungen arbeiten oder wenn wir auch drüber traurig sind, dass diesen Kindern letztendlich Lebenschancen genommen werden, weil sie nicht bestmöglich gefördert werden, es bringt halt nichts, wenn man das jedes Jahr aufs Neue hier auf dieser Ebene diskutiert, wenn keine konkreten Maßnahmen gesetzt werden (*Applaus Grüne*)

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

GRin. **Edlinger**: Das kennen wir schon lange, ich würde jetzt auch noch bitten, dass du noch anführst, das ist 30 Jahre sozialistische Schuldenpolitik, diese Stehsätze und Argumente kennen wir schon lang. Ich erwarte mir auch nicht, dass der Bürgermeister innerhalb von zwei Jahren alles in diesem Bereich zum Besten ändern hätte können. Das Einzige, was ich mir erwarte, und das kann ich mir erwarten von einem für das Integrationsressort Zuständigen, dass er aktiv von sich

aus Schritte setzt und aktiv wird. Und nicht immer nur hier wartet, und nicht immer erst Briefe schreibt, wenn Anfragen kommen, Anträge oder Dringliche gestellt werden

Zwischenruf GRin. Mag. Uray-Frick: Aber auch Stingl hat das gemacht.

Bgm. Mag. **Nagl**: Als Bürgermeister bin ich für vieles zuständig, eigentlich für alles in dieser Stadt, wie mir auch wöchentlich mitgeteilt wird. Ich bin froh darüber, dass ich aber in den einzelnen Bereichen auch sehr, sehr gute Leute habe, die die Arbeit durchführen. Die Angelegenheiten im Bezirksschulrat, die diskutiert werden, bestimme nicht nur ich, sondern auch die Mitglieder dort, aber wir können das gerne auch dort wieder einmal zur Diskussion bringen. Ich bin aber sicher, dass die Dinge, die der Herr Dr. Just und der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg dort vorgesehen haben, durchaus schon gute Bereiche sind und ich weise noch einmal darauf hin, dass im Integrationsbereich bei mir keine Mittel angesiedelt sind, es sind keine Mittel da und das, wofür wir uns eingesetzt haben und auch im Gemeinderatssaal hier eingesetzt haben, sind die Dinge, die im Programm stehen. Wir haben gemeinsam schon versucht, dieses verpflichtende Kindergartenjahr durch eine Petition zu erreichen und wir versuchen auch permanent, Deutschkurse in dieser Stadt zu fördern. Aber ich sage noch einmal dazu, die Gelder sind da nicht bei mir, ich habe sogar einige zusätzlich möglich gemacht, wie Sie wissen, in den letzten Jahren, und ich bin nicht nur dafür, dass die Kinder, die hier in den Schulen eingeschrieben werden, Deutsch lernen, sondern ich bin auch sehr stark dafür, dass sie ihre eigene Sprache lernen, weil das Grundvoraussetzung ist und da gibt es viel zu tun und ein bisschen was kann der Stadtrat Eiselsberg dazu auch gleich sagen (*Applaus ÖVP*).

StR. **Eisel-Eiselberg**: Ja, Frau Gemeinderätin, wenn die Anfrage nicht so zufriedenstellend ist, dann muss ich mich entschuldigen, war ein Missverständnis,

es kommt über das Stadtschulamt die Antwort, wenn die einzelnen Schulstandorte gemeint waren, können wir das gerne auch nachholen. Zum Artikel möchte ich doch einige Sätze verlieren. Mir ist keine Klasse bekannt mit 30 Kindern und davon 100 % fremdsprachig. Offensichtlich brauchst du die Informationen aber eh nicht mehr so genau, du hast sie dir irgendwo besorgt, wenn man das sogar, und die müssen ja stimmen, sonst würden sie ja nicht in der Zeitung stehen und dem Bürgermeister dann zu sagen, er ist verantwortlich, kleinere Schülergruppen und für zusätzliche Lehrkräfte, das ist ein bisschen weit hergeholt. Im Artikel steht es so unter Zitat, vielleicht stimmt das Zitat auch nicht, das möchte ich nur einmal gesagt haben am Anfang. Ganz am Beginn dieser Funktionsperiode habe auch ich mir gedacht, dass es doch möglich sein und auch sinnvoll sein müsste, Schulstandorte mit einer hohen Konzentration von Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache zu entlasten, dahingehend zu entlasten, dass wir diese Kinder auf andere Schulstandorte de facto aufteilen, auch unter dem Blickwinkel, dass man damit den derzeitigen Schulstandort hilft aber auch den Kindern mit nicht deutscher Muttersprache durchaus hilft, wenn sie in Klassen sich tatsächlich integrieren können, weil es vielleicht nur drei bis fünf Kinder mit nicht deutscher Muttersprache dort sind. Abgesehen davon, dass es gesetzlich nicht möglich ist, das durchzusetzen, habe ich auch in vielen Gesprächen mit Initiativen, die gerade in diesem Bereich sich seit Jahren sehr engagiert betätigen, durchaus eingesehen, dass aus verschiedenen Gründen diese Verteilungsaktion nicht sinnvoll ist. Ich möchte es jetzt nicht noch einmal erläutern warum, wir haben sie hier im Haus schon öfters besprochen. Was wir machen können, machen wir also und da geht es in erster Linie darum um dieses Projekt Deutsch für Familien mit nicht deutscher Muttersprache, das ist, was Danaida seit vielen Jahren durchführen, hier werden rund 240.000,- Euro aufgewendet, rund 100.000,- davon von der Stadt, der Rest kommt vom Land, und hier erfassen wir bereits laut unseren Schätzungen bis zu 70 % dieser Kinder, die unsere Zielgruppe sind, mit diesem bereits laufenden Projekt. Und wenn es jetzt darum geht, dass jetzt die Schuleinschreibung für Oktober vorverlegt wurde und das ganze Modell ist bei Gott nicht ausgreift, dann erwarten wir doch, dass wir jetzt auch die, so gut es geht, die restlichen 30 % erreichen werden können, für jene Kinder, die eben keinen Kindergarten besuchen. Wir werden auch dann eben ihnen das Angebot machen, diese Kurse zu besuchen, weil der Zwangskursbesuch, den gibt es ja nach wie vor nicht. Es wird allerdings davon dann auch abhängig sein, ob ein

Kind als schulreif anerkannt wird oder nicht. Und ich muss noch einmal sagen, der Herr Bürgermeister hat im Zusammenhang mit dem Integrationsreferat durchaus den Vorschlag gemacht, dass auch die inhaltlichen Agenden und die finanziellen Möglichkeiten der einzelnen Tätigkeiten, die im Hinblick auf Integration in dieser Stadt in den einzelnen Ressorts gesetzt werden, zusammenzuführen. Da wäre durchaus aus meiner Sicht vielmehr Koordinationsmöglichkeit gegeben, das wurde von manchen Referenten, die sich damit befassen, abgelehnt, aber auch von Vereinen, die sich damit befassen, abgelehnt. Man darf sich dann nicht so wundern, wenn das eine oder andere auch nicht so transparent ist für Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, aber dafür haben wir auch dieses Haus, dafür haben wir Telefone oder sonst etwas, Information kann jederzeit gegeben werden. Dieser Zeitungsartikel ist aus meiner Sicht inhaltlich völlig falsch und auch im Dienste der Integration nicht dienlich (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich halte diese Anfrage für sehr bedeutsam, für sehr wesentlich, bin froh, dass sie gestellt wurde. Herr Bürgermeister, Sie haben als eine Antwort gemeint, im Bezirksschulrat würden Maßnahmen besprochen werden oder seien besprochen worden, im Hinblick auf die Anfrage von der Kollegin Edlinger. Also wenn ich an den Bezirksschulrat denke, so etwas Lahmes wie den Bezirksschulrat, das gibt es kaum in diesem Haus, also da möchte ich jetzt wirklich einmal wissen, was dort besprochen wird, und Herr Kollege Eisel-Eiselsberg, wir sehen uns ja immer wieder auch in diesem Bezirksschulrat. Jedes Mal, wenn ich eine Frage stellte, hat man das Gefühl am liebsten würde man da hinausgefotzt werden, muss das wirklich so sagen, am liebsten ist es euch, wenn überhaupt keine Fragen, keine kritischen Hinweise gestellt werden und wenn eine Bezirksschulratssitzung eine Viertel-Stunde dauert, dann ist es euch nur Recht. Das ist ein Gremium, in dem nichts diskutiert wird, Gott sei Dank habe ich einmal die Möglichkeit, meinen Ärger über den Bezirksschulrat einmal los zu werden. Ein anderer Punkt, wir haben in diesem Gemeinderat übrigens einen sehr, sehr guten Beschluss gefasst, nämlich jenen Beschluss, Herr Bürgermeister, dass bei diesen Kursen oder diese Kurse nicht nur für Kinder mit einer anderen Erstsprache als Deutsch gelten sollen, sondern für alle

Kinder, die Sprachdefizite haben und ich bitte Sie, weil mich meine Kollegin von der ÖVP auch heute schon daraufhin angesprochen hat, ich bitte Sie schon, diesen Beschluss auch im Auge zu behalten und alle Kinder, auch die österreichischen Kinder, die es notwendig haben, gefördert zu werden, bevor sie in die Schule eintreten, zu fördern. Sich darauf zurückzuziehen, dass wir vom Gesetz her nichts tun können, weil wir können die Klassenschülerzahl nicht verändern usw., das wäre zu einfach. Ich würde mir erwarten von einem erstens engagierten Bürgermeister, zweitens einem engagierten Stadtrat für Schulwesen, dass er an jene Stellen, die tatsächlich etwas tun können, das ist die Landesregierung, das ist aber auch die Bundesregierung entsprechend immer wieder mit Petitionen, mit Gesprächen sich einfindet und hartnäckig ist und hartnäckig bleibt und hier etwas tut, das vermisse ich sehr (*Applaus GRin. Edlinger*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt möchte ich aber nur, Frau Gemeinderätin, weil Sie das sehr emotionell gesagt haben, darauf hinweisen, dass ich auch der Vorsitzende eines Gremiums bin, das sich, glaube ich, nicht verdient hat, mit lahm bezeichnet zu werden und dass sich da irgendjemand hinausgefotzt vorkommt, ist mir auch noch nicht untergekommen, und wenn es zu kurz ist für Sie, Sie wissen, es sind nicht immer alle pünktlich da und es fehlt auch manchmal jemand dort und es hat jeder in diesem Gremium die Möglichkeit, Themen aufs Tablett zu bringen. Und ich sage das ganz, ganz deutlich, dort kann jedes Mitglied auch einen Antrag stellen auf Behandlung von Tagesordnungspunkten (*Applaus ÖVP*), das bin ich dem Gremium schuldig. Das ist das eine.

Zwischenruf GR. Schönegger: Das hat sie nicht gewusst.

GRin. **Bauer**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich hätte doch einige Anmerkungen dazu, die auch aus der Praxis

oder die Sichtweise vielleicht ein bisschen anders in ein anderes Licht bringen und zwar glaube ich natürlich schon, dass wir politisch absolut Handlungsbedarf haben, immer, man muss immer über diese Integrationsmöglichkeiten dieser Kinder, die sicher uns sehr stark brauchen, diskutieren. Nur ich weiß auch, dass es teilweise an den Schulen ein Überangebot gibt. Ich weiß ganz genau, wie das zu einem Aufschrei führt, nur ich kann es aus der Praxis sagen, zum Beispiel. Ich habe drei afrikanische Kinder jetzt in meiner Klasse, die haben jetzt ein Angebot von African's project, kein Kind hat sich angemeldet, weil sie schon überbetreut sind durch Isop. Es gibt zum Beispiel die Möglichkeit an der Schule, muttersprachlichen Zusatzunterricht zu konsumieren, von diesen 22 % der ausländischen Kinder an unseren Schulen haben sich genau vier freiwillig angemeldet. Das heißt, es ist auch ein Thema, das wir uns als Politiker überlegen müssen, wie kann man das Angebot das besteht, steuern, koordinieren und wie bringt man auch diese ausländischen Eltern dazu, so weit auf ihre Kinder einzuwirken oder selber zu denken, dass sie auch ihre Kinder zu den Kursen und zu dem Angebot schicken, weil man kann nicht immer nur sagen, wir sind verantwortlich für alle Dinge, ich denke mir auch, wenn ein Angebot da ist, muss man auch irgendwo, und da müssen wir uns selber alle hinterfragen, schauen, dass dieses Angebot auch wirklich zielführend genutzt wird. Denn das bringt allen was und muss nicht nur aus dem Schulressort bezahlt werden, nicht nur auf IKL-Basis und zusätzliche Lehrer, so sehr ich mir das auch wünsche, und ich weiß ganz genau, dass der Bedarf da ist, aber es gibt genug Dinge, die so auch zu koordinieren sind. Weiters möchte ich noch dazu sagen, es hat zum Beispiel im Sommer für ausländische Kinder in der Volksschule Gabelsberg eine Kinderbetreuung gegeben mit Sprachkursen und was war, die Auslastung war minimal. Die türkischen Kinder sind meistens im Sommer nicht da, da frage ich mich auch, ist das sinnvoll eingesetzt die ganzen Ressourcen? Also es sind einfach Dinge, wo wir uns wirklich hinterfragen müssen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Aber Frau Kollegin Bauer, wir gehen d'accord. Natürlich geht es um Angebotssteuerung, aber genau so eine Angebotssteuerung, die Vernetzung von Mitteln, die Vernetzung von Unterstützungsangeboten, genau so etwas verstehe ich unter einer aktiven Integrationspolitik in dieser Stadt, nur man muss sie machen. Sie

haben jetzt gerade die besten Beispiele gebracht, dass offensichtlich die Angebotssteuerung nicht funktioniert und was ihr Beispiel betrifft mit dem muttersprachlichen Unterricht, das kenne ich aus der Volksschule meines Sohnes. Viele MigrantInneneltern glauben, ihre Kinder haben die bestmöglichen Chancen, wenn sie möglichst gut deutsch lernen und schicken die Kinder deswegen nicht zum muttersprachlichen Unterricht, melden die Kinder nicht an, weil sie einfach auch nicht aufgeklärt sind und nicht wissen, dass es einfach vom sprachwissenschaftlichen und vom Spracherwerb her notwendig ist, die Muttersprache möglichst gut zu können, damit man gescheit eine Zweitsprache erlernen kann. Und ich glaube, mich nicht daran erinnern zu können, dass ich hier behauptet hätte, der Bürgermeister wäre für die Einteilung von Klassenschüler-/Schülerinnenhöchstzahlen zuständig. Aber Tatsache ist und jetzt komme ich noch einmal zurück zu diesem Stichwort, aktive Integrationspolitik. Wir haben hier im Gemeinderat vor dem Sommer einen dringlichen Antrag beschlossen, eingebracht von Sigi Binder, eine Petition an die Bundesregierung, in der wir fordern, dass das Stundenkontingent in den Schulen für das interkulturelle Lernen, was nichts anders ist als meistens die Förderung für das Deutschlernen, zu erhöhen, um genau hier eine bessere Ausgangssituation an den betroffenen Schulen zu erreichen. Ich hoffe zumindest, aber das nehme ich auch an, dass der Bürgermeister diese Petition sicher an die Bundesregierung geschickt hat, nur wir kennen das, das reicht ja nicht allein und auch das ist nicht in meinen Augen aktive Integrationspolitik, dass ich halt einen Brief nach Wien schicke und sage, der Grazer Gemeinderat hätte das gerne. Herr Bürgermeister, die Bildungsministerin ist in Ihrer Fraktion, die Bildungslandesrätin ist in Ihrer Fraktion, ich hätte einfach gerne, dass Sie jede Woche dort anrufen, schreiben, vor der Tür stehen, um einfach für die Zukunft der Kinder das Bestmögliche rauszuholen und solange wir dieses Engagement und diese Aktivitäten nicht wahrnehmen, dann dürfen Sie sich halt auch nicht wundern, dass wir nicht den Eindruck haben, dass die Zukunft der Schüler und Schülerinnen hier in Graz Ihnen unbedingt ein Herzensanliegen ist (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, Sie können mir eines glauben, das, was mir wirklich am Herzen liegt, sind Kinder und zwar ganz egal, von wo sie kommen. Und ich nehme Sie in Zukunft garantiert beim Wort und Sie werden mir dabei helfen, ich

bin sicher, dass ich das erreiche (*Applaus ÖVP*), was Sie gerade gesagt haben. Ich bemühe mich nämlich in meiner Koordinierungsfunktion in der Stadtregierung schon seit längerem, dass wir durch die Schaffung des Integrationsreferates, das wir auch haben, weil Sie sich ernsthaft und wirklich dafür einsetzen, endlich dazu kommen, dass die ganzen Ressourcen, die wir haben, sinnvoll strategisch ausgegeben und gebündelt werden. Ich sage Ihnen da jetzt nicht, welches Mitglied der Stadtregierung ausgerechnet gesagt hat, meine Mittel bleiben bei mir, ich bin für diese Bündelung, ich übernehme dann gerne die Verantwortung, im Moment habe ich nichts anderes, ich habe nichts anderes als ein Integrationsreferat in Gründung, kein Geld dazu, die Finanzmittel sind bei allen anderen und wenn man darüber redet, dass wir das zusammenführen, dann bin ich gerne auch inhaltlich voll verantwortlich, aber es ist verteilt im Moment. Und ich nehme einmal an, es macht jeder so gut er kann, aber zwischendurch höre ich dann wieder, es läuft doch wieder anders. Und ohne Geld ka Musi, und jetzt haben wir schon viel Geld ausgegeben und es ist anscheinend nicht so effizient eingesetzt, weil halt viele Angebote gar nicht angenommen werden. Und, noch einmal, glauben Sie mir das, Kinder aus der ganzen Welt, ich mag sie, ich liebe sie und ich möchte haben, dass die sich in den Schulen wohlfühlen und vielleicht müssen wir darüber nachdenken, und ich ärgere mich immer schon drüber, dass nur auf Grund des sozialen Status das eine bei Ihnen jetzt quasi um Gottes willen, 100 % der Kinder sind Ausländer, als negativ gesehen wird, und dass es dann andere internationale Schulen gibt, bilingual etc., das sind die Paradeschulen, wo alle reingesteckt worden wären. Die Einzigen, die mir leid tun, weil die Unterstützung fehlt, vor allem im Bereich der Volksschulen, dass Kinder die da dort drinnen sind, die Lehrer einfach massiv überlasten und ich bin bei Ihnen, dass wir uns da bundesweit noch stärker viel anstrengen müssen, aber es ist auch nicht möglich alle Wochen für mich, darauf zu drängen. Das, was ich jetzt einmal erreichen möchte mit dem Integrationsreferat ist das, was Sie da gesagt haben, bündeln wir endlich die gesamten Gelder, wir haben einen, vielleicht regt sich wer darüber auf, Sie haben gesagt, die Bündelung ist notwendig, wir brauchen sie auch wirklich, tun wir das einmal, alle Gelder zusammen (*Applaus ÖVP*) und es braucht sich kein Verein fürchten, es braucht sich keine Fraktion fürchten, weil das, was ich jetzt möchte, ist....

Zwischenruf GR. Schönegger: Fürchtet euch nicht.

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Das ist der Ernest.

Bgm. Mag. **Nagl**: ...dass diejenigen, die in diesem Integrationsreferat arbeiten, mit uns gemeinsam ein Integrationsprogramm entwickeln, an das wir uns dann halten. Das wird nicht nur Sache des Bürgermeisters sein, das wird nicht nur Sache einer einzelnen Fraktion oder einer Gemeinderätin oder eines Gemeinderates sein, das wird unsere gemeinsame Strategie sein, die vermisse ich, die haben wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten nie aufgebaut und jetzt brauchen wir sie. Der Anteil ist ein hoher, sie haben das heute gehört, man kann sagen, ein Viertel der Kinder in den Volksschulen hat nicht die Möglichkeit, sich verständlich zu machen, dass da Lehrerinnen und Lehrer zusammenbrechen neben all ihren Aufgaben...

Zwischenruf GRin. Edlinger: Sprechen ja Deutsch.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, ein Viertel davon spricht gar nicht Deutsch, das habe ich Ihnen heute gesagt. Das sind die Kinder, das ist ein Viertel der Gesamtanzahl im heurigen Jahrgang, das ist schon enorm. Und da ist es mir wichtig, bündeln wir einmal die ganze Geschichte, ich gebe das Geld nicht aus, wie ich will oder wie einer von uns irgendwie will, sondern wie wir es gemeinsam wollen und das werden wir erarbeiten gemeinsam mit dem neuen Integrationsreferat (*Applaus ÖVP*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Frau Klubobfrau Binder, zum Stichwort Engagement oder Frau Gemeinderätin Edlinger, aktive Integrationspolitik, also man kann nicht sagen, dass wir uns nicht wirklich bemühen. Wir schicken an alle Schulanfänger beziehungsweise deren Eltern, ich glaube in mittlerweile acht Sprachen, rechtzeitig Informationsbriefe, worin steht, dass sie nicht die wohnortnächste Schule besuchen

müssen, dass es sogar empfohlen Gutes tun würden für ihr Kind, wenn sie sich das überlegen. Es nimmt niemand wahr, ich kann sie nicht zwingen. Vor Ort bei der Schuleinschreibung werden sie selbstverständlich unter Beisein von Dolmetschern informiert über das Schulsystem, über die Deutschkurse und im heurigen Jahr, im Februar, vor der Schuleinschreibung haben wir erstmals einen neuen Versuch gewagt, wir haben am Samstag und Sonntag ganztägig bei Isop in der Dreihackengasse einige Mitarbeiter des Stadtschulamtes, Mitarbeiter von Isop, Dolmetscher über die Vereine diese Veranstaltung beworben, dass die interessierten Eltern kommen, was glaubst, wie viel gekommen sind in zwei Tagen? Acht Personen. Es sind gleich viele zwei Tage dort gesessen, wie das in Anspruch genommen wurde, also ich möchte damit nur sagen, wir bemühen uns wirklich und man braucht einen langen Atem, einen sehr langen Atem, weil ich manchmal wirklich den Eindruck habe, dass die andere Seite, unter Anführungszeichen, jene die wir unterstützen wollen, nicht bereit sind, auch nur einen Schritt zu machen. Manche, viele, sagen Vereinsverantwortliche es tut mir Leid, ja schau, ist eh toll, das ihr Briefe schreibt, aber es liest keiner einen Brief. Was soll ich noch machen, soll ich jeden einzelnen aufsuchen? Wir bemühen uns wirklich, aber ich sehe nicht ein, dass wir solche Diskussionen da herinnen führen und das alles so hingestellt wird, dass die Stadt nichts tut. Das stimmt schlichtweg nicht (*Applaus ÖVP*). Aber ich erwarte mir, und wahrscheinlich werde ich noch lange warten, aber ich habe viel Geduld, dass auch die andere Seite mithilft, jene, die wir integrieren wollen, gerne aufnehmen wollen, müssen auch einen Schritt tun (*Applaus ÖVP*).

GR. **Rajakovics:** Ich möchte jetzt unterstreichen, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, was das Integrationsreferat betrifft und die Koordinationsfunktion innerhalb der Stadt Graz, das wäre ganz wesentlich, und das wäre wirklich das, wenn es eine Übereinstimmung gibt dazu, dann können wir das ja, das wird ja ganz unschwer in den nächsten Tagen zu besprechen sein, dass wir diese Mittel zusammenführen, damit man nicht parallel Veranstaltungen stattfinden lässt, die zum Teil alle dann schlecht besucht sind. Das Zweite, es gibt ja nicht nur Förderung oder gerade in diesem Bereich nicht nur Förderung von Seiten der Stadt Graz, sondern sehr stark Förderung von anderen Stellen, ganz besonders, und das betrifft diese

außerordentlichen Schülerinnen und Schüler, davon sind wiederum 90 % Schülerinnen und Schüler, die als Asylwerber-Kinder hier in der Steiermark sind und da gibt es sehr wohl Maßnahmen und Gelder vom Landesflüchtlingsbüro, die zu 60 % noch dazu vom Bund refundiert werden. Und wenn man dann Anträge bekommt, dass irgendein Verein für diese Kinder einen Deutschkurs machen möchte an die Stadt Graz, dann ist das ein deutliches Zeichen, dass es nicht einmal bis zu den involvierten Vereinen durchgedrungen ist, dass da Geld liegt zum Abholen. Und dass man das in Anspruch nehmen kann und dass man aus diesem Topf, der doch relativ gut dotiert ist, für die Integration sehr viel machen kann. Weil wir wissen ja auch, dass ein Großteil oder sehr viele der Asylwerber-Kinder letztlich alle da bleiben, wir wissen, wie lange die Anträge brauchen und wie wenige dann tatsächlich negativ abgeschlossen werden beziehungsweise, wie viele Leute dann tatsächlich auch die Rückkehr antreten. Das heißt, wir wissen ja, dass die Kinder da bleiben und die Mittel sind da und die Vereine stellen den Antrag an die Stadt Graz statt an das zuständige Referat im Land, das genug Geld zur Verfügung hat für so etwas. Es wären allein neben den Kursen, die bezahlt werden, gibt es noch 10,- Euro pro Kind zusätzlich für Mittel, jeden Monat, für so etwas, abholen muss man das. Die Vereine müssen Information kriegen, kriegen sie dann auch von mir Information.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Du wirst es ihnen wohl sagen.

GR. **Rajakovics:** Das sage ich ihnen. Es ist notwendig, und wir haben das Integrationsreferat nicht, wir sind jetzt seit zwei Jahren in der Verantwortung für das, vorher war es lange Zeit der Bürgermeister Stingl und im Bereich der Jugend seid auch wirklich jetzt lange Zeit ihr verantwortlich gewesen. Jetzt haben wir ein Integrationsreferat demnächst und es wäre wirklich wichtig,...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Rajakovics**: Es ist unser gemeinsamer Erfolg, es ist nur wichtig, dass man nicht wieder auf halbem Weg stehen bleibt, dass wir sagen, da machen wir ein Integrationsreferat und einen Integrationsbeauftragten und der soll neben dem Herrn Bürgermeister schön reden, aber das Geld behalten wir alle in unserem eigenen Aufgabenbereich und es kommt wieder zu keiner Möglichkeit, ein bisschen steuernd einzugreifen.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Integrationspolitik ist nicht nur eine Sache der Mittel.

GR. **Rajakovics**: Und ein Drittes, es ist nicht nur eine Frage der Mittel, aber es gibt viele Vereine, die etwas tun wollen, es waren erst zwei Damen, wahrscheinlich eh auch bei dir, die Linda Dascheba mit ihrem Antrag, man muss den Leuten auch helfen, das ist auch eine Sache, das wird auch das Integrationsreferat machen, nicht in erster Linie das Bürgermeisteramt, muss ihnen auch helfen einen Antrag beim europäischen Flüchtlingsfonds, der genau auch wieder eine Linie in dieser Richtung aufgemacht hat und diesmal ungefähr viermal so viel Mittel drinnen liegen hat, die Ausschreibung war gerade, muss ihnen helfen, so einen Antrag richtig zu formulieren, dass sie Projekte für Eltern und Kinder zu Hause durchführen können. Es ist schon, wenn der Herr Stadtrat Eiselsberg richtig sagt, man kann auch erwarten, dass Menschen Angebote in Anspruch nehmen, es ist nicht immer leicht, an die Menschen heranzukommen und wenn es auch die Idee gibt, nachzugehen den Müttern, dann ist das auch eine gute Sache, nur allein wird das die Stadt Graz nicht finanzieren können.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Habe ich auch nie gesagt.

GR. **Rajakovics**: Man muss den Vereinen oder Initiativgruppen auch helfen, wo kommen sie zu Geld und das versuchen wir im Bürgermeisteramt, weil wir haben das Geld ja nicht bekommen. Wenn es eine Möglichkeit gibt, dass man in irgendeiner Form dieses Integrationsreferat nicht sofort, man soll ein ordentliches Konzept noch auf die Füße stellen, aber dass man dieses Integrationsreferat dann auch mit Mitteln ausstattet, regulierend einzugreifen, dann ist das sicher ein weiterer großer Schritt. Danke (*Applaus ÖVP*).

7) Reinigung der öffentlichen Toiletteanlagen

GRin. **Schloffer** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Diese Anfrage unter dem gleichen Titel stellte ich schon im Dezember 2004, auf deren Beantwortung ich bis heute noch warte. Seit dem 2. Dezember traf ich allerdings wieder des öfteren Personen vom Fremdenführerclub und ReiseleiterInnen. Sie äußern weiterhin großen Unmut über den allgemeinen Zustand der öffentlichen Toiletteanlagen. Ich will jetzt keine bestimmten Standorte und Zeiten anführen, denn diese Liste wäre zu weit, zu groß, zu lang.

Auf der heutigen Tagesordnung stand das Gemeinderatsstück „Verlängerung des Finanzierungsvertrages zwischen der Stadt Graz und der Graz Tourismusgesellschaft für 2006 bis 2011“. Im Amtsantrag steht der Vorschlag, einen Gesellschafterzuschuss in der Höhe von € 1.966.000,- jährlich zu gewähren. Ich muss sagen, das ist ein schöner Brocken Geld. Unter anderem, im Stück steht noch der Satz „Die professionelle Präsentation sowie der Verkauf der Stadt Graz auf internationalem Niveau kann unter anderem durch die derzeitige Dotierung sichergestellt werden“.

Ich denke, um die umworbenen Touristen aus aller Herren Länder mit einem guten Eindruck von der Stadt Graz wieder verabschieden zu können, gehört in meinen Augen ebenso eine professionelle Präsentation der öffentlichen WC-Anlagen, welche ein Spiegelbild der Hygiene in unserer Stadt darstellen (*Applaus KPÖ*).

Da ich mittlerweile 9 ½ Monate auf Antwort warte, hege ich die große Hoffnung, dass bei diesem Problem an einer sehr guten und positiven Lösung gearbeitet wird. Die beste Lösung dieses ewigen Problems kann und muss es sein, dass man wieder zurückgeht, wie es früher einmal war und es auch in anderen Städten heute noch gibt: eine ständig anwesende Person, welche für die Reinlichkeit sorgt und anfallende Reparaturen sofort in die Wege leitet.

Namens des KPÖ stelle ich folgende

A n f r a g e :

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Sind Sie bereit, sich für eine vernünftige und dauerhafte Lösung in Bezug auf die öffentlichen Toiletteanlagen für unsere Touristen sowie auch für die Stadtbewohner einzusetzen? Ich erwarte freudig die Antwort. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, danke für diese Anfrage. Ich kümmere mich um jeden Städteauftritt und ich habe sehr dafür gesorgt, dass wir wunderschöne Toiletteanlagen in Graz gebaut haben, wir haben sogar eine Jugendstilanlage, neben dem Opernhaus, und jetzt schauen die schon wieder so aus. Es wird wahrscheinlich ein dauerhaftes und ernstzunehmendes Problem in der Stadt sein, das zu reinigen, aber wir werden der Geschichte nachgehen und ich werde Ihnen nicht nur eine Antwort geben auf diese Anfrage, sondern wir werden auch die Maßnahmen wieder ergreifen um hinterher zu sein, hinter dem Problem. Dankeschön.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

8) Lärmbelästigung in der Oberen Mariahilferstraße

GRin. Mag. **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Meine Anfrage bezieht sich auf das Problem Lärmbelästigung in der Oberen Mariahilferstraße. Seit langer Zeit gibt es immer wieder Klagen wegen Lärmbelästigung von AnrainerInnen aus der oberen Mariahilferstraße, die auf eine Beruhigung der angespannten Situation hoffen. Diesmal betrifft es insbesondere das Kommunikationszentrum Vidikon Scherbe. Lautes Sprechen, Lachen und mitunter Singen bringen die Menschen um Ihren Schlaf. Ein zusätzliches Problem stellt der Gastgarten dar, der aufgrund der geringen Gehsteigbreite ungehindertes Vorbeigehen fast unmöglich macht.

Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs richte ich daher an Sie folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich bei den zuständigen Behörden dafür einzusetzen, dass es zu einer Überprüfung der Klagen der AnrainerInnen bezüglich Lärmbelästigung kommt? (Applaus KPÖ).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) EDV-Probleme im Zusammenhang mit Wahlen

GR. **Fuchs** stellt folgende Anfrage:

GR. **Fuchs:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei der Übermittlung von Daten der Ihnen zugeordneten Abteilung für Informationsmanagement an das Referat für Wahlen ist es in letzter Zeit immer wieder zu Problemen gekommen, die – zumindest stellt es sich für den Laien so dar – auf Mängel in den Datensätzen zurückzuführen sind, die dem örtliche Melderegister zur Verfügung gestellt werden.

Aus dem mangelhaften Wählerverzeichnis für die Vorbereitung der Landtagswahl 2005 erwachsen zahlreiche Probleme, die auch von den lokalen Medien aufgegriffen wurden und für entsprechend negative Berichterstattung und Unmut in der Bevölkerung sorgten. Neben dem Imageschaden durch schlechte Presse bedeutete die Berichtigung von insgesamt 3.600 fehlerhaften Datensätzen einen immensen Mehraufwand für das Referat Wahlen, wie er durch die elektronische Datenverarbeitung eigentlich ausgeschlossen werden sollte. So blieben folgende Änderungen in den Daten unberücksichtigt:

- 1.133 Wahlsprengeländerungen durch Umzüge
- 209 Streichungen von verstorbenen Personen
- 776 Streichungen von Personen, die sich vor dem Stichtag aus Graz abgemeldet haben sowie
- 304 Berichtigungen von Personendaten, das betrifft zum Beispiel Namensänderung, akademischer Grad, usw.

In letzter Sekunde mussten noch 1.088 Personen in das Wählerverzeichnis aufgenommen und 322 Personen gestrichen werden.

Deshalb stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Was werden Sie unternehmen, um in Zukunft zu verhindern, dass dem Referat Wahlen durch die Übermittlung fehlerhafter Datensätze ein immenser Mehraufwand erwächst, beziehungsweise dass sogar Menschen von ihrem Wahlrecht ausgeschlossen werden könnten? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat, eine klare Antwort. Wir werden selbstverständlich auch in Zukunft sicherstellen, dass niemand von seinem Wahlrecht ausgeschlossen wird. Es war dies ein Problem, das nicht nur Graz betroffen hat, was auch nicht unbedingt in unserem Kompetenzbereich liegt. Wenn das zentrale Melderegister des Bundes uns fehlerhafte Daten übermittelt, dann können wir nur schauen, dass wir die möglichst schnell ausgleichen. Ich bin der Magistratsdirektion und allen Mitarbeitern der Ämter wirklich dankbar, dass man so schnell reagiert hat, dass man auch dieses gemeinsame Hineinbringen der 1.088 Personen sofort gewährleisten konnte. Es ist Gott sei Dank jetzt wieder richtig gestellt, ich glaube auch, dass auch im Moment alle die Wahlinformation jetzt bekommen und ich hoffe, dass es nicht wieder vorkommt, aber wir werden alles tun, wenn es vorkommt und Fehler woanders liegen, dass wir sie wieder gut machen. Vielleicht da dazu, es war schlimm genug, dass solche Zeitungsmeldungen auch wieder da waren. Dankeschön.

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, ich möchte schon dazu etwas sagen, es ist natürlich dieses Problem des zentralen Melderegisters, das ist deutlich gesagt worden, aber klar ist auch, sollte man vielleicht am Vorabend der ersten Möglichkeit, eine Stimme abzugeben, nämlich morgen, am 23. September, auch deutlich machen, Graz ist beispielgebend in der Steiermark. Wir haben das Wahllokal, das uns der Gesetzgeber vorschreibt, für eine Stunde offen zu halten und eigentlich nur eines in der Landeshauptstadt, wir sind dem nicht nachgekommen, sondern auch in schwierigen Zeiten haben wir gemeinsam, der Bürgermeister und ich, vereinbart klarerweise, dass wir in den 17 Grazer Stadtbezirken die Möglichkeit einräumen zu wählen. Egal ob man ansässig ist im Bezirk oder nicht, und das bitte von 13.00 – 20.00 Uhr, das ist schon eine Serviceleistung im Interesse auch der Abgabe der Stimmen, da sollte man auch einmal das Positive sagen (Applaus SPÖ). Alles andere hat das Wahlamt ein bisschen ausgleichen müssen, die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen haben das händisch bearbeiten müssen und ich glaube, wie sie es gehandhabt haben, da gehört wirklich auch ein Applaus, denn wir sind fast zu 98 % in der Lage zu sagen, alle können wählen (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals, wir haben uns vorweg abgesprochen, Kollege Ferk hat den Vorschlag gemacht und gesagt, es kann nicht nur eines sein und Kollege Kaltenegger habe ich auch noch angerufen, es ist Gott sei Dank jetzt die Möglichkeit da, wir werden, weil es das erste Mal ist, auch sehen, ob es überhaupt angenommen wird und wir werden in den nächsten Jahren dann damit umgehen, wenn so etwas aufrecht bleibt.

10) Schwerverkehr durch Liebenauer Hauptstraße

GR. **Slamanig** stellt folgende Anfrage:

GR. Slamanig: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Seit Einführung der Autobahnmaut für LKWs gibt es bekanntlich alle möglichen und unmöglichen Ausweichversuche des Schwerverkehrs auf untergeordnete Straßen. Aufmerksame Bewohner des Bezirkes Liebenau beobachten seit einiger Zeit eine erschreckende Zunahme des Schwerverkehrs von der Puntigamer Straße durch die Liebenauer Hauptstraße.

Bekannt ist, dass der Verkehr in dieser Relation schon lange unerträglich zunimmt. Wenn jedoch ein erheblicher Teil des LKW- Verkehrs auf diese Weise über die Stadt geführt werden sollte, besteht dringender Handlungsbedarf.

Ich richte daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs, an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die zuständigen Stellen mit einer Erhebung darüber zu beauftragen, ob dieser Verdacht zutrifft, dass die Liebenauer Hauptstraße zu einer Ausweichstrecke für den übergeordneten LKW-Verkehr geworden ist? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmal, es ist ein Problem, das nicht nur die Liebenauer Hauptstraße betrifft, sondern leider haben wir diesen verstärkten LKW-Verkehr durch das Ausweichen von Mautstrecken im Stadtgebiet von Graz. Wir haben ja schon einige Initiativen unternommen, nämlich auch den Versuch zu sagen, ob nicht Autobahnstrecken innerhalb eines Stadtgebietes mautfrei gestellt werden können. Ich weiß jetzt nicht, ob es von Bundesseite und von Asfinag-Seite da schon eine Antwort gibt, auch das war für uns einmal eine Überlegung, weil wir gesagt haben, wie willst du das verhindern, wenn ein Lkw da fährt? Man kann versuchen, und das tun ja auch einige Gemeinden, wirklich nur Quell- und Zielverkehr zu definieren, aber das gehört auch alles wieder überprüft und wir wissen ja, dass selbst in Graz, wenn ich jetzt nur an St. Peter denke mit den tausenden Lkws, die dort zum Teil auch durch Wohngebiete donnern, wo man gesagt hat, wir machen Tonnenbeschränkungen, wenn sie dann erst wieder keiner dran hält und die Polizei dann nicht dementsprechend abstruft, dann hat es auch keinen Zweck. Also an dem Thema werden wir dran bleiben, ich werde Ihre Anfrage wieder als Grund nehmen, um mit Kollegen Rüscher und der Polizei drüber zu sprechen, wie wir da weiter tun können. (*Applaus ÖVP*).

11) Zusätzliche Parkmöglichkeiten für Marktstandbetreiber am Kaiser-Josef-Markt

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Antrag:

Mag. Fabisch: Lieber Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Kaiser-Josef-Markt hat in Graz eine lange Tradition und eine enorme Bedeutung für die Nahversorgung der Bevölkerung mit frischen Produkten aus dem Grazer Umfeld.

Durch die Ausweitung der blauen Zonen gingen jedoch Parkmöglichkeiten für die Marktstandbetreiber und -betreiberinnen verloren. Sie sehen sich um die Möglichkeit gebracht – trotz erhöhter Standgebühr – ihren Wagen, den sie für Ein- und

Ausladevorgänge auch im Laufe des Vormittags öfters benötigen, in Ruhe abstellen zu können.

Deshalb richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, das Angebot an entgeltlosen Parkmöglichkeiten für die Marktbetreiber während der Marktzeit am Kaiser-Josef-Markt zu erweitern? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist eine never ending Story, die wir da schon haben. Das große Problem ist, es ist dort einfach so gut wie kein Platz und damit leben ja die Marktstandbetreiber und die Bewohner schon seit langem. Es hat einmal Überlegungen gegeben bis hin zur Garage unterhalb des Marktplatzes. Das, was wir einmal tun sollten, wenn das Problem wirklich nicht mehr lösbar ist oder aus der Sicht der Marktbetreiber nicht lösbar ist, dass man mit den Marktstandbetreibern sich einmal zusammensetzt und über einen Shuttledienst oder sonst etwas nachdenkt, weil die Fahrzeuge, mit denen sie kommen, sind in den letzten Jahren auch immer größer geworden, also da kommen jetzt lauter Lieferwägen und da sollte man halt vielleicht auch einmal über gemeinsame Citylogistik nachdenken, wie man einen Markt beschicken kann. Wenn sie alle mit ihren Produkten reinkommen wollen und von 7.00 bis 12.00 es sich dann jeweils in den Morgenstunden und dann ab Mittag wieder abspielt, werden wir dort niemals genügend, und schon gar keine entgeltlosen Parkplätze haben, aber vielleicht reden wir wirklich einmal über eine Citylogistik mit en Marktbeschickern (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Fabisch**: Danke für die Antwort. Ich glaube vor allem der Samstag ist der Tag, der die meisten Standler und Standlerinnen zur Verzweiflung bringt, weil nicht jeder

an jedem Vormittag anbietet, aber am Samstag sind sie alle da und da ist das größte Problem.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und wir haben es auch beim Lendplatz, also man könnte einmal über ein Citylogistik-Konzept im Marktbereich nachdenken, es ist eine gute Anregung, glaube ich, sollte man verfolgen. Dankeschön.

12) Besetzung des Integrationsreferates

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. Binder: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Am 5.6. fand im Trauungssaal das Hearing zur Besetzung der im Konzept für die Integrationsstelle festgehaltenen zwei LeiterInnenstellen statt. Zehn BewerberInnen fanden sich dazu ein, sechs kamen in die engere Auswahl und wurden Ihnen vorgeschlagen.

Einige Tage später musste ich einer Zeitungsmeldung entnehmen, dass Sie sich für eine Bewerberin, namentlich für die Frau Köksal, entschieden haben. Wer die zweite Stelle bekommen wird, ist bis heute noch ein Geheimnis und wer den Bericht zum Gemeinderat, den Informationsbericht vom 30. 11. 2004 kennt, da steht auf Seite zwei, dritter Absatz ganz eindeutig, dass zwei Personen zu nennen sind für die Besetzung des Integrationsreferates, wobei eine Person entsprechend Migrationshintergrund zu haben hat. Also ich frage mich, warum ich aus der Zeitung erstens nur einen Namen lesen muss, zweitens, und da geht es auch für mich wieder weiter, ich habe dann bei den übrigen Bewerberinnen nachgefragt, ob sie bereits Nachricht von Ihnen bekommen haben, da wurde mir versichert, nein, sie hätten überhaupt noch nichts gehört von Ihnen, ob sie angenommen wurden, ob sie zum Zug kommen oder nicht zum Zug kommen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich kann mir nicht vorstellen, dass Sie diese Vorgangsweise, nämlich den BewerberInnen über die Medien die Nachricht zu übermitteln, dass sie nicht mehr zur Debatte stehen, als die menschlich und kommunikativ geeignete ansehen? Und finden Sie es richtig, dass auch die Fraktionen im Gemeinderat nicht direkt in den Informationsfluss Ihres Büros eingebunden sind?

Ich stelle daher an Sie die

A n f r a g e :

An welchen Maßnahmen werden künftig BewerberInnen, aber auch die anderen Parteien im Gemeinderat erkennen, dass Sie einer direkten Kommunikation den Vorzug geben werden?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Frau Gemeinderätin, Sie haben das jetzt schon wieder so dargestellt, als sei da irgend etwas Unmenschliches dabei. Das, was wir gemacht haben, war ein sehr klares, transparentes Hearing, an dem alle Fraktionen teilnehmen konnten, wo es ein Ergebnis gegeben hat und wir haben uns vorgenommen, bevor wir extern ausschreiben, auch zu fragen, ob es intern Bewerberinnen oder Bewerber gibt. Intern hat sich herauskristallisiert, ebenfalls sehr transparent, mir vorbereitet, dass es eine Bewerberin gibt, die auch den Migrationshintergrund hat, das war die Frau Köksal und die hat sich dann auch noch einmal dem Hearing unterzogen. Ich selbst nehme an diesem Hearing nicht teil, aber man hat mir neben der Frau Köksal noch weitere fünf Bewerberinnen als geeignet dann empfohlen. Die Frau Köksal ist jederzeit einsetzbar, weil es sich eben um jemanden handelt, der schon beim Magistrat beschäftigt ist, dadurch entstehen auch keine Mehrkosten und die Entscheidung wer von den weiteren fünf Mitgliedern aufgenommen wird, wird durch die Finanzmittel letzten Endes eine Entscheidung, erst geben. Ich habe niemanden ausgeschlossen, also die Bewerberinnen und Bewerber, die hier empfohlen worden sind, sind weiterhin im Boot und werden von

mir auch rechtzeitig die Antwort kriegen. Dass ich die Dame schon genannt habe, die ich einsetzen möchte, die im Haus ist, schließt ja nicht die anderen aus.

GRin. **Binder**: Klar und transparent, ja zum Hearing waren alle Fraktionen eingeladen, das Hearing war auch sehr interessant. Klar und transparent ist für mich aber bei der Entscheidung bis jetzt nichts gelaufen, aber Sie haben ja als Bürgermeister das Recht zu benennen, dass sei ja unbenommen, so ist es eben. Was ich aber kritisiere ist, und da werde ich nicht aufhören das zu kritisieren, nämlich die Art und Weise wie Menschen dann benachrichtigt werden, ob sie eingesetzt werden oder nicht. Ich will nicht hier in den Geruch kommen, dass ich die Frau Köksal nicht geeignet finde. Fragen tue ich mich nur, welchen Migrationshintergrund die Frau Köksal hat, denn die Frau Köksal selber ist darauf angesprochen worden und sie hat gemeint, keinen direkten Migrationshintergrund hat sie, aber sie ist natürlich über Heirat und so, ist sie vertraut mit dem Thema, das ist auch in Ordnung. Aber von Migrationshintergrund zu sprechen, also da verstehe ich schon etwas anderes und wird ja auch hier anders definiert, der Migrationshintergrund, also Personen, die selbst aus dem Ausland kommt, das ist die Definition, die hier drinnen steht, als Migrationshintergrund oder direkt von Immigrantinnen abstammt, also keines von beiden ist bei der Frau Köksal, die ich für geeignet finde, gegeben. Also als Argument zählt das für mich nicht. Nach wie vor hege ich aber Bedenken, ob Sie eine zweite Person auswählen werden, um dieses Integrationsreferat auch wirklich so zu besetzen, wie es beschlossen wurde. Ich weiß nicht, worauf Sie warten, es sind sechs Personen als geeignet Ihnen genannt worden, eine ist bereits im Rennen sozusagen, aber was ist mit den anderen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Klar Antworten über weitere Daten der Frau Köksal werden wir sicher nicht im öffentlichen Bereich da diskutieren. Die zweite Antwort, die ich geben möchte ist, es ist niemand von den anderen aus dem Rennen, ich habe von Anfang an gesagt, wenn es jemanden gibt, der sich aus dem Hause eignen sollte, wird diese oder dieser aufgenommen und niemand von außen, nachdem wir dann nur eine

Kandidatin gehabt haben, haben wir extern auch noch ausgeschrieben und diese fünf sind im Rennen und wir werden diesen Dienstposten auch erst schaffen müssen, ich muss den Finanzbezug herstellen, wir müssen die Aufgaben noch klären und dann wird es eine Antwort geben. Und noch einmal, das macht nicht nur das Personalbüro sondern wir haben eine Hearingskommission und die werden immer wunderbar alle betreut und die werden auch rechtzeitig die Antwort dazu kriegen. Also ich habe kein Geheimnis daraus gemacht von Anfang an, auch aus Spargründen, wenn wir jemanden im Hause haben, wird der genommen und extern kommt dann noch jemand nach, aber da bitte ich, dass wir auch vorher die Rahmenbedingungen klären (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Edlinger**: Herr Bürgermeister, in dem Kleinen-Zeitung-Bericht damals, wo Sie die Frau Köksal präsentierten wurden Sie zitiert quasi als dass Frau Köksal die Leiterin des Integrationsreferates sein soll. Jetzt darf ich da nur nachfragen, weil ich mich, glaube ich, mich richtig zu erinnern an unseren Beschluss von damals im Gemeinderat, wo festgehalten wurde, dass zwei gleichberechtigt arbeitende Personen im Integrationsreferat tätig sein sollten. Würde mich nur einfach interessieren, ob das nach wie vor Gültigkeit hat und jetzt habe ich hier gut zugehört, dass eben die Frage mit der Besetzung der zweiten Stelle eben noch von einigen Rahmenbedingungen abhängig ist, die Sie erst schaffen müssen. Meine Zusatzfrage in diesem Zusammenhang, wird bereits vorher, bevor diese Rahmenbedingungen für die zweite Position geklärt sind, die Integrationsstelle des Integrationsreferates mit der Brigitte Köksal die Arbeit aufnehmen oder wird erst, wenn alle Fragen letztendlich geklärt sind, dann das Integrationsreferat wirklich geschaffen? Also ab wann können wir zumindest einmal in einer Einfachbesetzung mit dem Aufnehmen der Arbeit rechnen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Das ist jetzt abhängig von den Persönlichkeiten, und ich habe heute schon einmal darauf hingewiesen, dass zum Beispiel die Kollegin Kaltenbeck gesagt hat, schön wenn die Frau Köksal diese Position bekommen soll, es bleibt

beim Gemeinderatsbeschluss, also die Leitung, wir haben es so beschlossen, zwei Personen sollen das nebeneinander machen. Mir ist es nur eines wichtig, die Kollegin Kaltenbeck hat mir dort gleich gesagt, ich kann sie jetzt nicht so schnell entbehren, dass man gleich zu arbeiten beginnen kann. Jetzt muss ich also eine Vertretung für die Frau Köksal im Sozialamt suchen und wir haben bei den fünf Kandidatinnen und Kandidaten natürlich unterschiedliche Vorstellungen. Erstens einmal, wann sie ihren Dienstantritt leisten können, weil manche müssen aus einem bestehenden Dienstverhältnis sich ja erst lösen und die zweite Geschichte, es gibt dort sehr divergierende und unterschiedliche Gehaltsvorstellungen und das macht die Auswahl natürlich auch noch ein bisschen komplizierter und wird dann auch davon abhängen, was wir bereit sind zu bezahlen. Zuerst brauche ich einen Dienstposten und dafür brauche ich auch die Finanzen. Aber ich würde mir wünschen, wenn wir eigentlich am 1. Oktober anfangen, so wie es aussieht, sprechen wir momentan vom 1. November, und da muss ich jetzt auch noch schauen, dass Kollegin Kaltenbeck im Sozialamt einen adäquaten Ersatz bekommt, wird nicht ganz einfach, nachdem die Frau Köksal dort einen sehr, sehr guten Ruf hat und über ein großes Wissen verfügt (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Herr Bürgermeister, ich hätte doch noch gerne eine Antwort auf meine Frage, nämlich an welchen Maßnahmen werden wir erkennen, dass Sie sozusagen eine direkte Kommunikation pflegen und nicht die Kommunikation über die Medien?

Bgm. Mag. **Nagl**: Diese Kommunikation führe ich nicht persönlich durch, sondern da haben wir eine Abteilung, die das sehr professionell auch immer wieder macht und sobald eine Entscheidung fällt, wird sie es tun, wenn die Entscheidung länger ausgesetzt wird, werden diese Herrschaften auch darüber verständigt werden. Klar genug? (*Applaus ÖVP*).

13) Eggenberger Waldgrundstück

GR. Mag. **Candussi** stellt folgende Frage:

Mag. **Candussi**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Der Kahlschlag des Hanges hinter dem Schloss Eggenberg hat nicht nur bei der Eggenberger Bevölkerung Betroffenheit und Entsetzen hervorgerufen. Abgesehen vom schmerzlichen Verlust des Waldes und der Brutalität, mit der aus einem bewaldeten Grundstück ein unansehnlicher Erdhügel gemacht wurde, fürchten viele Grazerinnen und Grazer eine folgende Verbauung des Grundstücks und damit die Schädigung der Ansicht des Schlosses und massive Einschnitte in das ökologische Gleichgewicht. Ist das jetzt der Gemeinderat oder der Angestellte des Bürgermeisteramtes, man weiß das nie.

Bgm. Mag. **Nagl**: Wenn er da herinnen ist, ist er Gemeinderat, meine Damen und Herren.

Mag. **Candussi**: Dass diese Rodung überhaupt geschehen konnte, ist darin begründet, dass ein beim Land Steiermark bereits seit drei Jahren anhängiges Verfahren zur Feststellung der Waldqualität, des betreffenden Grundstücks immer noch nicht entschieden wurde. Es liegt auch im Interesse der Stadt Graz und besonders im Interesse des Waldschutzes derartige Verfahren rasch und konsequent, also nicht innerhalb von drei Jahren erst, abzuhandeln. Nicht zuletzt, um solche Geschehnisse zu verhindern.

Aus diesem Grund trägt auch die Stadt einen Teil der Verantwortung, gerade dann, wenn es sich beim Grundstückseigentümer um eine Person handelt, die die öffentliche Hand nicht das erste Mal vor vollendete Tatsachen gestellt hat.

Meine

A n f r a g e

daher an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister,

1. haben Sie etwas unternommen, um das beim Land Steiermark anhängige Feststellungsverfahren betreffend die Waldeigenschaft des mittlerweile gerodeten Grundstücks hinter dem Schloss Eggenberg voranzutreiben,
2. werden Sie sich dafür einsetzen, einer Umwidmung dieses Freilands rechtzeitig und konsequent entgegenzuwirken?

Bgm. Mag. **Nagl**: Kann ich auch direkt beantworten. Ich glaube, es war für alle in Graz ein Schock, dass dieser Baumbestand und dieser Strauchbestand, der dort auf der Wiese hinterm Schloss Eggenberg, noch dazu, wo die UNESCO gerade ein besonders Licht auf dieses Areal wirft, gerodet und geräumt worden ist und dass dort in der Zwischenzeit quasi alles eingeebnet und eine Wiese angelegt worden ist. Ich habe, um auf die Fragen zu antworten, haben wir selbstverständlich etwas unternommen und das Land Steiermark, die zuständige Abteilung untersucht vordringlich, endlich eine Entscheidung herbeizuführen, weil wir sehr daran interessiert sind, ob das in der Zwischenzeit als Waldgrundstück oder als Wiese gesehen wird. Und das, was ich hier öffentlich laut und deutlich verkünde, ist, dass ich, wenn es zu einer Umwidmung dieses Freiland kommen sollte, nicht dabei bin, weder als Bürgermeister, noch werde ich es meiner Fraktion empfehlen, das heißt, eine klipp und klare Ansage, dass das entweder Wiese oder Wald bleibt (Applaus ÖVP) und nicht verbaut werden soll. Und ich glaube, da schließen sich fast alle Fraktionen meiner Meinung an und damit sollten, und ich glaube, dass es auch gut ist, dass wir bei der Vorgehensweise, die gewählt worden ist vom Gemeinderatssaal aus hier, auch ich als Bürgermeister, ein klares Signal senden, dass wir aufhören damit, einfach einmal Bäume wieder wo niederzuschneiden, es mag ein gutes Recht sein und dieses Feststellungsverfahren, wir werden dann sehen, was letztendlich herauskommt. Aber eines wollen wir nicht, und das sollten wir sagen, dass wir dort eine Umwidmung anstreben, das soll so bleiben und soll nicht verbaut werden.

Mag. **Candussi**: Es freut mich, diese Einigkeit gegen eine mögliche Umwidmung zu hören. Dass es eine Partei da hier anstrebt, davon bin ich ja nicht ausgegangen, anstreben tut es vermutlich wer anderer, das wissen wir. Was mich schon interessiert, und vielleicht kann der Stadtrat Eiselsberg was berichten: Was mich einfach interessiert ist, ob es eine Antwort des Landes gibt, warum so ein Feststellungsverfahren drei Jahre dauert? Denn nach meinem naiven Dafürhalten schaut man zwar da Luftbilder an oder vielleicht nur eines, sieht die Überschilderung, wie das heißt, durch den Baumbestand, kann das ganz klar prozentuell herausrechnen und weiß dann, ist das jetzt Wald oder ist das Wiese. Was daran drei Jahre dauert, weiß ich nicht und es interessiert mich eben und deshalb habe ich auch immer noch ein bisschen eine Sorge bei der ganzen Geschichte, die eigentlich ja ganz eindeutig sein müsste und deshalb war die Frage, ob seitens des Landes schon irgendeine Antwort gibt, warum dieses Verfahren so lange dauert?

StR. **Eisel-Eiselsberg**: In erster Linie haben wir natürlich deponiert, dass wir gerne hätten, dass das Verfahren abgeschlossen wird. Die Kernfrage war nicht, warum es so lange dauert, aber wahrscheinlich bin ich da ähnlich naiv wie du, ich kann mir auch nicht vorstellen, warum ein Verfahren so lange Zeit in Anspruch nehmen kann. Allenfalls empfiehlt sich einmal eine Initiative im Landtag über eure Fraktion, um es zu hinterfragen, wir fragen da in der Stadt über unsere Abläufe so vieles, vielleicht kann man das über den Landtag auch einmal machen (*Applaus ÖVP*).

14) Biologische Buffets bei Bürgermeister-Empfängen

GRin. **Jahn** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage betrifft die von Ihnen ausgerichteten Buffets bei Bürgermeister-Empfängen und städtischen Feierlichkeiten. Eine aktuelle Studie von Bio Ernte Austria, dem Dachverband der österreichischen BiobäuerInnen, bestätigt die bisherigen Untersuchungen zum

Qualitätsvergleich von Lebensmitteln biologischer und konventioneller Herkunft. Sich biologisch ernähren, bedeutet nicht nur eine erhöhte Zufuhr an bioaktiven Inhaltsstoffen, sondern auch ein erheblich reduziertes Risiko im Zusammenhang mit Biozidrückständen, Nitrat, Zusatzstoffen bei der Produktion und genetisch veränderten Organismen. Eine Umstellung der Ernährung auf biologische Lebensmittel führt zu Abnahme körperlicher Beschwerden wie zu einer signifikanten Erhöhung der körpereigenen Abwehrkräfte. Biologische Ernährung führt, wie eine neuseeländische Studie mit SchülerInnen, die sich über drei Jahre gezogen hat, automatisch zu einem verbesserten Gesundheitszustand, vor allem für Kinder, da wurde eben erkannt, dass Kinder wesentlich resistenter bei Verkühlungen und Husten werden, dass sie eine raschere Rekonvaleszenzphase haben, dass sie weniger Sportverletzungen erleiden, weniger Hautprobleme und auch bessere Zähne haben, wenn sie sich gesünder ernähren.

Gerade bei Kindern und Jugendlichen, deren gesundheitlicher Zustand sich vor allem durch Umweltbelastungen, aber auch durch zu viel und vor allem falsche Ernährung, allgemein eher zum Schlechten als zum Guten wendet, bedarf es auch seitens der Stadt bewusstseinsbildender und gesundheitspolitischer Maßnahmen.

Sie, Herr Bürgermeister, haben die Möglichkeit, im Zuge der Empfänge und Feierlichkeiten, die Sie ja als Bürgermeister als Repräsentant der Stadt Graz ausrichten, hier auch auf biologische Buffets umzusteigen. Das heißt also, anstatt von ewig gleichen Sandwichbrötchen könnte man beispielsweise einmal ein Biobuffet mit Gemüse, mit Obst etc. veranstalten oder auch mehr warmer gesünderer Ernährung als das, was wir jetzt momentan bei Empfängen anbieten.

Daher möchte ich an Sie, die

A n f r a g e

stellen:

Sind Sie bereit, im Sinne der Gesundheitsförderung und Bewusstseinsbildung als einen ersten Schritt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) die von Ihnen zur Verfügung gestellten Buffets im Zuge von Empfängen und Feierlichkeiten auf biologische Lebensmittel umzustellen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Frau Gemeinderätin, ich glaube das kann ja nur im Sinne der Vorbildfunktion was bedeuten, weil so oft kommen Empfänge nicht vor, dass wahrscheinlich der Organismus da nachhaltig beeinträchtigt wird, wenn es ein Brötchen bei uns gibt. Aber es ist richtig, es ist ein wichtiges Thema, es gibt immer wieder von uns das eine oder andere Buffet, das schon in diese Richtung geht. Ich sage aber auch dazu, es ist oft auch noch eine Preisfrage und wir müssen auch haushalten mit den Mitteln, aber wir werden das wieder erneut prüfen. Ich persönlich versuche mich sehr biologisch zu ernähren und das werden wir auch bei Empfängen versuchen zu dokumentieren. Danke für diese Anfrage.

15) Feinstaubmessung

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. Binder: Am Samstag, dem 10.9., war in einer Grazer Tageszeitung unter dem Titel „Feinstaubgesetz ist Gift für Standort Graz“ folgendes Zitat von Ihnen zu lesen: Sollte es zu einem Wettbewerbsnachteil kommen, „müssen wir unsere Messtätigkeit in Sachen Feinstaub überdenken. Viele andere Städte in Österreich messen diese Partikel ja nicht so genau wie wir“. Dieser Artikel hat heftige Reaktionen in der Bevölkerung ausgelöst.

Dazu möchte ich festhalten:

Erstens kann es sein, dass man in der Zeitung nicht immer so zitiert wird, wie es gemeint war, obwohl ich meine Aussagen immer korrekt wiedergegeben finde.

Zweitens kann ich mir nicht vorstellen, dass Sie, Herr Bürgermeister, etwas gegen die konsequent genaue Messung der Feinstaubwerte in der Luft unternehmen wollen, haben Sie doch selber Kinder und sehen weiteren Vaterfreuden entgegen. Also gehe ich davon aus, dass die Gesundheit Ihrer Kinder Ihnen ein besonderes Anliegen ist. Jedenfalls ist es das für tausende Grazer Eltern.

Drittens kann ich mich an Ihre engagierten Worte für wirkungsvolle Maßnahmen gegen den Feinstaub erinnern und auch gestern haben Sie uns schon versichert, dass Sie auch für Fahrverbote sind, wenn es notwendig wird.

Viertens wären Ihre Aussagen, wenn sie stimmen würden, eine Desavouierung der Arbeit des Gemeinde - Umweltausschusses.

Da ich mir nun kein rechtes Bild machen kann und die Grazer Bevölkerung ein Recht auf Klarstellung hat, stelle ich an Sie die

A n f r a g e :

Stimmt es, dass Sie für eine Lockerung der Feinstaubmessungen eintreten und wie können Sie das schlüssig argumentieren?

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielen Dank, jetzt bin ich wirklich glücklich, dass Sie mich das heute fragen, weil mir halt auch eines aufgefallen ist. In der Medienlandschaft von Graz, dass wenn man ernsthaft versucht einen Beitrag zu leisten, kaum es Niederschlag in den Medien findet und ich stehe zu diesem Satz, den ich hier gesagt habe und ich habe gestern was Interessantes erlebt. Gestern habe ich eingeladen gehabt, die VertreterInnen der Klubs, ich habe eingeladen auch Mitglieder des Naturschutzbeirates und wir haben es dann auch öffentlich gemacht, das mit Prof. Dr. Haider, einen Experten aus München, 170 Veröffentlichungen hat er schon gemacht, er ist Vorstand es Institutes für Inhalationsbiologie, ein wirklicher Fachmann, wenn es um das Thema Feinstaub geht, und wir haben gestern die Gelegenheit gehabt, zwei Stunden nicht nur einen Vortrag zu hören, sondern auch

mit Herrn Prof. Haider zu diskutieren. Und er hat eingefordert, dass wir insgesamt in dieser europäischen und eigentlich schon weltweiten Diskussion einen Paradigmenwechsel brauchen und zwar dringend brauchen und das habe ich auch gemeint, wenn ich gesagt habe, wir müssen unsere Messtätigkeiten in Sachen Feinstaub überdenken. Er hat nämlich gestern sehr schlüssig darstellen können als Wissenschaftler, dass wir immer nur Feinstaubmengen messen und er hat auch zu Beginn versucht zu definieren, was denn wirklich Feinstaub ist und es gibt neben den PM10-Messwerten, die für uns jetzt ausschlaggebend im Moment sind auch die Nanopartikel, also die kleinsten Partikel und er hat durch Serien sehr wirkungsvoll und interessant darstellen können, dass es auf ganz was anderes ankommt, auf den Organismus bezogen, wenn es zu Schädigungen kommen soll. Es hat noch niemand wirklich Schädigungen nachweisen können, wissenschaftlich, das hat er auch gestern klar und deutlich einmal bestätigt. Es kann im Moment noch niemand ernsthaft das nachweisen, aber und das ist das Interessante, Frau Gemeinderätin, und darauf haben wir uns, glaube ich, gestern alle verstanden, wir müssen differenziertere Messmethoden erfinden und entwickeln. Zum Teil gibt es sie schon, weil er nachweisen kann, dass Kleinstpartikel und auch größere Partikel, die alle unter Feinstaub jetzt zusammengefasst werden, durch den Organismus, durch die feinen Kapillarhärchen und andere Prozesse aus dem Körper herauskommen. Dass es aber einen Bereich gibt, der in erster Linie PM 2,5 wäre, das sind die amerikanischen Werte, die tatsächlich die Gelegenheit bekommen, hier einzudringen in den Blutbereich und Organe schädigen, nicht nur die Lunge, sondern darüber hinaus auch andere Organe. Das ist einmal nachweisbar. Und da wäre es interessant, jetzt nicht nur die Menge zu messen, sondern die Anzahl der Partikel zu messen und deren Oberfläche. Gestern hat es dann gleich ein paar Fachdiskussionen gegeben, ob wir nicht auch die Inhaltsstoffe zu berücksichtigen haben, weil nicht jedes Teilchen, das unter Feinstaub läuft, muss schädlich für den Organismus sein. Es kann auch ein Salzkristall, den man inhaliert absichtlich zur Gesundung, auch übergehen ins Blut, gewollt, kann auch zu einen Heilungsprozess führen. Und er hat eben aufgezeigt, wir sollten aufhören, immer nur über das Volumen zu sprechen, über die gesamte Menge, wir sollten schauen, was schädigt wirklich und da hat er interessante Versuche, nicht nur mit Ratten, schon angestellt, sondern auch Nachweise über Versuchsreihen, was Kinderkrankheiten usw. anbelangt, dass es genau eine gewisse Größenordnung von Partikeln ist, mit dem

der Körper nicht umgehen kann und dorthin sollten wir unsere Messinstrumentarien entwickeln, weil die Menge allein sagt nichts aus. Und dahin ist meine Geschichte zu verstehen. Ich habe auch gestern zum Beispiel den Herrn Demmer dort dabei gehabt, der nachher zu mir hinausgekommen ist und gesagt hat, ich muss mich bei Ihnen direkt entschuldigen, ich habe auf Grund des Artikels, so wie er drinnen gestanden ist, sogar Leserbriefe geschrieben und Sie da stark beschimpft, da hat er sich gestern bei mir entschuldigt, und gesagt, jetzt weiß ich erst, wie das zu verstehen war. Deswegen bin ich auch froh, dass Sie mir heute diese Frage gestellt haben, dass ich das auch heute wieder klarstellen kann. Also noch einmal, wir müssen messen, aber wir müssen differenzierter messen und ich bin als Bürgermeister überhaupt nicht zufrieden damit, dass wir auch im Gemeinderat mit dem Land ein Paket beschlossen haben von vielen Eventualitäten wie Gesetzesänderungen etc. noch abhängig, plus 700 Millionen Euro schwer das Paket, dass wir dann in zehn Jahren um fünf Prozent besser liegen als heute, wiederum nur auf das Volumen gerechnet, weil der Verkehr noch ansteigen wird und da hat er uns gestern gute Tipps gegeben, er hat gesagt, jegliche Verbrennungsquelle, die es gibt, ist möglichst zu verhindern, was den Autoverkehr anbelangt hat er sich ganz klar und deutlich für den Partikelfilter ausgesprochen und auch da ist es wieder wichtig, war auch gestern der Herr Kresch da, der ja in Graz weltweit diese Auspuff- und Partikelsysteme auch vertreibt, der gesagt hat, es ist ganz, ganz wichtig, dass wir uns auch endlich diesen kleineren Partikeln nähern, weil ein großer Partikel, der in den jetzigen Partikelfiltern zum Teil eingesetzt herausgefiltert wird, da kommt es auch zum Verkleben des Katalysators und damit reinigt er sich nicht wieder selber und er hat auch schon immer darauf hingearbeitet, dass das möglichst die kleinen Partikel herausfiltert. Also das sind die neuesten Erkenntnisse, die wir von einem Experten gestern präsentiert bekommen haben und ich glaube, wir sollten es lautstark diskutieren, weil wir Vorreiterrolle haben und in Brüssel, glaube ich, dieses Herabsetzen der Grenzwerte war gut, weil jetzt sind wir einen Schritt weiter, jetzt gehen wir in die Tiefe und Graz wird eine Vorreiterrolle behalten. So ist das zu sehen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder:** Auch wenn mich die Kollegin Potzinger ganz listig mit blitzenden Augen anschaut, möchte ich trotzdem antworten und noch einmal zitieren aus der Zeitung, wo Sie meinen, dass andere Städte die Partikel ja nicht so genau messen wie wir. Also wenn Sie jetzt sagen, ok Sie haben das anders gemeint, Sie wollten eigentlich statt genau differenziert sagen, dann akzeptiere ich das und denke mir, Sie haben ja KommunikationsexpertInnen und dann sollen die KommunikationsexpertInnen manchmal einen Tipp geben, wie man es vielleicht anders definieren kann. Nichtsdestotrotz möchte ich Ihnen sagen, Herr Bürgermeister, der Dr. Joachim Haider hat gestern im Wesentlichen das bestätigt, was wir Grüne, und das täte mich freuen, wenn Sie das auch ab und zu sagen, seit Jahren sagen über den Feinstaub und der Umweltausschuss, der Leiter des Umweltausschusses sitzt da drinnen, leider sagt er heute gar nichts. Der Umweltausschuss beschäftigt sich nämlich mit dem Thema Feinstaub und dass es noch den Feinstaub gibt schon einige Zeit, freue mich oder bedaure es, dass Ihre KollegInnen, die auch in diesem Umweltausschuss drinnen sitzen, Sie offenbar nicht darüber informiert haben, dass wir im Umweltausschuss eigentlich das, was Dr. Haider gestern auch wissenschaftlich noch einmal erklärt hat, ohnehin bei uns eine Weisheit ist, die wir haben. Bitte reden Sie mit Ihren Kolleginnen und Kollegen, dass sie mehr die Informationen an Sie weitergeben. Ich glaube, da gibt es eine Informationsproblem in der ÖVP.

Bgm. Mag. **Nagl:** Also, liebe Frau Gemeinderätin! Es sind schon mehrere Wortmeldungen, Herr Gemeinderat, bisschen noch warten bitte, ganz schnell eine Antwort dazu. Die Kommunikationsstrukturen innerhalb der ÖVP sind wunderbar, die funktionieren auch, es hat gestern wissenschaftliche Erkenntnisse gegeben, die glaube ich, noch nicht allen so bewusst waren, nämlich weil er auch diese Versuchsreihen mit Tieren, aber auch die Auswirkungen auf den menschlichen Organismus wunderbar aufzeigen hat können. Die Diskussion, was kommt in den Zeitungen rüber oder was nicht, ich nehme her meine erste Veranstaltung, die ich zum Thema Feinstaub gemacht habe, wo zum Schluss übriggeblieben ist, der Bürgermeisters setzt sich ein beim Feinstaub, indem er für Ölheizungen ist, das hat auch ziemlich wehgetan und da haben mich auch einige angerufen und mir einige

geschrieben, so habe ich es auch nicht rüberbringen wollen, vielleicht habe ich es gesagt, aber ich glaube auch nicht, aber das kann man nachher eh so schwer feststellen, Faktum ist, dass wir dort über Heizsysteme gesprochen haben und der Hausbrand beschäftigt uns wahrscheinlich noch sehr intensiv, gar nicht so sehr in Graz, sondern, das ist für mich auch eine Erkenntnis, in erster Linie jetzt auch in Graz-Umgebung, weil die, die aus Graz weggezogen sind ins Umland, haben dort meistens ein Einfamilienhaus und die haben halt dann meistens auch wieder eine Ölfeuerung, eine Pelletsheizung oder Holz- oder Koksheizung, was auch immer, sich dort installiert. Und Graz-Umgebung ist der am stärksten wachsende Bezirk Österreichs, das heißt, wir können uns jetzt noch so anstrengen mit unseren Fernwärmeanschlüssen, mit unseren Gasanschlüssen, all das, was wir schon gemacht haben in den letzten Jahrzehnten und damit den Feinstaub, den wir halt damals nicht gemessen haben, verbessert haben. Aber jetzt wird es wichtig sein, dass wir das auch nach draußen tragen und da waren Experten da, auch das Bundesumweltministerium war vertreten, die gesagt haben, wenn Menschen keine Gelegenheit haben, sich an solche Systeme anzuhängen, dann sollten sie schnellstens ihre Heizkessel überprüfen, weil heute moderne Heizanlagen natürlich schon viel besser auch auf Feinstaubpartikel vorbereitet sind. Wenn man heute eine moderne Ölheizung statt der alten einbaut, kann sein, dass der Wert ein sehr niedriger ist, eine Pelletsheizung, die Einzelanlagen, soweit uns dort mitgeteilt worden ist zum Teil produzieren starken Feinstaub, Gemeinschaftsanlagen bei Pelletsheizungen sind jedoch fast ohne Feinstaubwerte und das muss man sehr differenziert anschauen, das wollte ich auch damals zum Ausdruck bringen und ich glaube, dass unser Umweltausschuss das hervorragend bearbeitet hat, ich bin da stolz drauf, wir erwähnen das bei allen Diskussionen, Umweltamt plus Land Steiermark und alle Experten haben da schon viel aufgezeigt, aber wir müssen jetzt schauen, dass wir dieses Thema der Differenzierung stärker rausbringen.

GR. Mag. **Candussi**: Verehrter Herr Bürgermeister! Ich denke, es geht, wenn aus dem gestrigen Vortrag, für den ich ganz dankbar war, weil er, wie Sigi Binder schon gesagt hat, einiges bestätigt hat, was nicht nur wir Grünen, sondern auch alle Mitglieder im Umweltausschuss seit eineinhalb Jahren heftig debattieren, nämlich um

diese Differenzierung zwischen Masse und Partikelgröße, also Partikelmenge, dass man da auch parallel intensiver messen sollen um der Bevölkerung ganz klar echte Aussagen über das Gefährdungspotential oder hoffentlich über die Verbesserung der Luftsituation mitteilen zu können, das ist das eine. Das Zweite, was gestern ganz klar herausgekommen ist war, dass es einen eklatanten Forschungsbedarf gibt in diesem Bereich und ich denke mir, wir sollten uns da im Gemeinderat schon auch den Kopf zerbrechen, wie wir universitäre technische Forschung in diesem Bereich unterstützen können, wir haben dieses eine Beispiel gestern gehabt mit dem Herrn Kresch, wo, für mich ja lustig, gestern plötzlich herauskommt, Fahrverbote sind eigentlich eine wirtschaftsfördernde Maßnahme. Was glauben Sie, wie viel Katalysatoren der Herr Kresch ab dem ersten Tag verkauft, weil wir Fahrverbote haben und bis jetzt hat es immer geheißen, Fahrverbote kommen nicht in Frage, weil da bricht die Wirtschaft zusammen. Eigentlich ist es umgekehrt, wir könnten ein Unternehmen oder einige Unternehmen wahnsinnig fördern und wirklich eine Vorreiterrolle, und das meine ich wieder ernsthaft, eine Vorreiterrolle im Bereich des Know-how zum Thema Feinstaub haben, vorausgesetzt wir sind bereit, sowohl in der Stadt als auch im Land in die technischen Universitäten, auch in die medizinische Forschung wirklich ein bisschen ein Geld zu investieren und über die Auswirkungen, no na auch der Bund, um die Auswirkungen des Feinstaubes genauer zu klären. Weil das war für mich gestern wieder das Unbefriedigende, dass alles in einen Topf geworfen wird, und man dezidiert keine wissenschaftlichen Aussagen hat darüber, ist jetzt eine Pelletsheizung das Bessere oder ist es eine Ölheizung. Es gibt ja dieses berühmte Institut für wirtschaftliche Ölheizung, das klingt so nach einem wissenschaftlichen Institut, sind die Ölhändler, die sich da zusammengetan haben, die immer sagen, Pellets-heizen wäre viel schlimmer. Nach meinem Hausverstand ist es schlimmer, man verbrennt einen fossilen Brennstoff als einen biogenen. Mag sein, dass auch das Unfug ist, ich wünsche mir genau zu diesen Dingen einmal klare Aussagen, und es sollte in unserem Interesse sein, diese Forschung zu forcieren und meine Bitte geht in diese Richtung, dass man sich darüber auch schon beim Budget vielleicht den Kopf zerbricht. Danke.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Kolleginnen und Kollegen, insbesondere des Gemeindeumweltausschusses, werden es ja wissen, dass tatsächlich über jene Frage, über die gestern der Herr Haider, der von mir geschätzt wird, von der Giasam in München, Institut für Inhalationsmedizin, referiert hat, dass der Ausschuss schon vor zwei Jahren sich diesbezüglich kundig gemacht hat, es sind ja keine neuen Ergebnisse, die der Herr Haider präsentiert hat, sondern es sind wohl bekannte Ergebnisse und wir haben uns deswegen auch darauf eingeschworen, die besonders kleinen Partikel im Feinstaub natürlich besonders gezielt zu bekämpfen mit Maßnahmen. Also das sind keine neuen Erkenntnisse, Herr Bürgermeister, aber ich bin Ihnen trotzdem sehr dankbar dafür, dass Sie zur allgemeinen Bewusstseinsbildung natürlich beitragen. Wir werden es erleben, in den Zeitungen, in den Zeitschriften wird in den nächsten Wochen besonders intensiv wieder über diese Thematik referiert werden. Wie gesagt, bereits Ergebnis von vor zwei Jahren war, je kleiner die Partikel, desto gefährlicher sind sie, sagt einem ja auch irgendwie der Hausverstand, weil die gehen eben ganz tief in die Lunge rein, in die Alveolen. Übrigens die Kollegin Monogioudis hat bei einer Anfragebeantwortung genau diesen Satz gesagt, dass die besonders kleinen Partikel die besonders gefährlichen sind. Interessanterweise haben wir es in Graz da im Wesentlichen mit einem Verursacher zu tun, das sind die dieselbetriebenen Autos, die produzieren die ganz kleinen, besonders gefährlichen Partikelchen. Mich würde es sehr wundern, wenn der Herr Haider behauptet hätte gestern, dass es keinen Zusammenhang gäbe zwischen sozusagen kleinen Teilchen, diesen kleinen Teilchen, Dieselruß beispielsweise, und einer Gesundheitsgefährdung, dass dieser Zusammenhang noch nicht eindeutig nachgewiesen wäre. Es gibt dutzende, hunderte Publikationen in den höchstrenommierten Zeitschriften Science and Nature, die genau diesen Zusammenhang natürlich nachweisen. Es gibt in seiner Institution der Giasam ein eigenes Institut für Epidemiologie, das sich genau mit diesem Zusammenhang befasst, nicht seines zugegebenermaßen, aber es ist ein anderes Institut, das diesen Zusammenhang natürlich nachgewiesen hat. Nicht ohne Grund spricht man davon, dass eben beispielsweise in Graz, wie gesagt, Epidemiologen mit ihrer Methodik, mit ihrer wissenschaftlichen Methodik bestätigen, dass in Graz damit zu rechnen ist, dass zwischen 50 und 300 Personen frühzeitig sterben auf Grund der jetzt gegebenen Belastung mit Feinstaub, welcher Größenordnung auch immer, PM-10 und kleiner. Es ist richtig, es fehlt derzeit in der Europäischen Union ein Grenzwert

für PM 2,5 und PM 1, es wird daran gearbeitet, man hat auch für den PM 10-Grenzwert etwa zehn, zwölf Jahre gebraucht, bis man sich geeinigt hat auf europäischer Ebene. Es war ein sehr langwieriger Prozess, aber natürlich hat man bereits in der Wissenschaft Ende der 80er-Jahre bereits gewusst, dass Dieselruß sehr, sehr gefährlich ist und auch kanzerogen ist, als auch das ist natürlich eindeutig nachgewiesen, die Benzpyrene, das ist eine bestimmte Chemikalie, die drauf sind auf diesem Dieselruß, erzeugen eindeutig Krebs, auch beim Menschen, nicht nur bei Ratten. Noch einmal, es besteht Bedarf nach weiteren Grenzwerten, diese Grenzwerte werden uns keine Freude machen, weil sie mindestens ebenso schwer einzuhalten sind wie jene, die jetzt bereits gelten, zum Beispiel dieser PM 10-Grenzwert, aber das ist eine Diskussion, die sozusagen ohnehin regelmäßig wiederkehrend ist, nämlich, dass man zusätzliche Grenzwerte für etwas findet. Wir haben Grenzwerte für Ozon gefunden, wir haben Grenzwerte für Stickoxyde gefunden, wir haben Grenzwerte für Schwefeldioxid gefunden, die in den 70er-Jahren auch kaum erreichbar erschienen sind, Anfang der 90er-Jahre aber durchgehend erreicht wurden. Also Umweltpolitik, wenn sie konsequent durchgeführt wird, macht schon Sinn, mich persönlich freut es auch, dass der Herr Bürgermeister sich dazu bekennt, dass diese Grenzwerte in Graz sicherlich nur zu erreichen sind, wenn Dieselfahrzeuge ohne Filterkat zu bestimmten Zeiten hier nicht fahren können. Wir sollten uns jetzt allmählich an den Gedanken gewöhnen, dass wir wirklich alte Dieselfahrzeuge, sowohl im Lkw-Bereich als auch im Pkw-Bereich, allmählich aus dem Stadtbild verschwinden lassen, das geht nur mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen, nicht nur mit fördernden Maßnahmen. Wie gesagt, diese Vorschläge stehen ja bereits in den Beschlüssen sowohl des Gemeinderates als auch des Landtages, es geht jetzt spätestens nach dem 2. Oktober auch wirklich um die Umsetzung und wir hoffen sehr, dass wir diesbezüglich die Unterstützung vom Land Steiermark bekommen. Insbesondere auch, was die positiven Maßnahmen betrifft. Man muss zu so einer strengen, harten, unangenehmen Maßnahme natürlich auch etwas Positives dazugeben, nämlich den weiteren Ausbau der Straßenbahnen und insgesamt des öffentlichen Verkehrs in Graz. Eine kleine Anmerkung noch, Herr Bürgermeister, ich glaube auch, dass bevor das nicht eindeutig entschieden ist, welches Heizungssystem jenseits von Fernwärme und Gas, die eindeutig die besten sind, sowohl aus klimaschutzpolitischen Gründen als auch aus umweltpolitischen Gründen im weitesten Sinn, als auch zur Bekämpfung von Feinstaub, deswegen

fördern wir es ja auch ganz massiv jetzt in Graz, deswegen greifen wir ja tief in die Tasche, die ohnehin sehr schmal ist und fördern weiter Anschlüsse an Fernwärme und Gas, bevor also die Entscheidung, welche anderen Heizungssysteme sonst noch als umweltverträglich zu bezeichnen sind und als akzeptabel nach diesen beiden, ist es zumindest nicht empfehlenswert, Pressekonferenzen mit Vertretern dieser Heizungssysteme zu machen. Das schmerzt zumindest aus klimapolitischer Perspektive und Sie haben sicher nicht nur freundliche Anrufe von den Holzbauern der Steiermark, Waldbauern der Steiermark, sondern auch von den Biomassefeuerungskesselherstellern bekommen nach dieser Pressekonferenz und ich muss gestehen, nicht ganz zu Unrecht. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Vielleicht zu dieser Pressekonferenz, noch einmal, jedes Unternehmen, das mir nachweisen kann, dass es jetzt bessere Instrumente gibt als die, die bisher eingesetzt sind, sind bei mir willkommen und warum mache ich Pressekonferenzen zu dem Thema? Da kommen jetzt ein paar Bekenntnisse, die Frau Gemeinderätin hat sie von mir schon eingefordert. Es ist toll, wie die Mitglieder des Ausschusses und auch die Mitglieder der Grünen Fraktion sich hier um dieses Thema bemühen und das will ich anerkennen, weil Sie es heute von mir eingefordert haben. Es ist auch toll, wie der Kollege Walter Ferk als Umweltreferent dieses Thema aufgegriffen hat und auch unterstützt durch Herrn Dr. Niederl als Experte, der da steht, diese ganze Geschichte angegangen ist. Darauf können wir in der Stadt Graz stolz sein. Es gibt aber zwischendurch dann immer wieder die Unkenrufe, so wie auch heute bei anderen Themen, ja was macht denn der Bürgermeister zu dem Thema und deswegen halte ich Ausschau immer wieder, wo gibt es vielleicht den einen oder anderen, den ich da einladen kann und ich schließe bei diesen Pressekonferenzen bitte keinen aus und wer dazukommen will, der sitzt mit mir vorne am Podium, ich habe da überhaupt kein Problem dabei. Ich will nur auch klipp und klar aufzeigen, dass es vielleicht den einen oder anderen Experten gibt, der uns etwas Neues zu sagen hat. Herr Dr. Getzinger, die Aussage hat er gestern, der Dr. Haider, massiv bestritten und auch schon nachweisen können wissenschaftlich, je kleiner desto gefährlicher stimmt nicht. Die kleinsten Partikel befördert der Körper interessanterweise wieder aus dem Körper hinaus, das ist seit gestern klar, die

kleinsten Partikel fördert er hinaus, es gibt eine Zwischengröße, die großen und die kleinsten kriegt er hinaus und das hat er uns gestern ja relativ deutlich mit den Kurven vor Augen geführt. Und das muss man Wissenschaftlern auch anerkennen, ich kann dazu nichts sagen, das ist ein wissenschaftliches Aufarbeiten des Themas und er hat auch klar und deutlich Stellung genommen, dass es sehr unseriös ist, was da passiert, wenn jemand heutzutage nur auf Grund von Statistiken Todesmeldungen von sich gibt, auch dagegen ist er gestern ganz massiv aufgetreten, das wollte ich da noch hier sagen. Was mir sehr gut gefällt, was Hermann Candussi gesagt hat, und das war auch ein Thema nach der Pressekonferenz, was ich mit ihm gestern besprochen habe, ich glaube, wir müssen schauen, dass sich gerade unsere Universitäten diesem Thema noch verstärkt annehmen und wie wir da unter Umständen auch zu Fördergeldern und Förderprogrammen kommen werden, ich stehe dazu, dass wir in Graz eine der wenigen Städte Österreichs sind, die diese Werte genau messen, noch dazu durchaus an heiklen Punkten angebracht und dass es viele Bürgermeister und viele Gemeinden gibt, die sich bis heute noch nichts darum scheren oder nur ab und zu Messungen durchführen und ich weiß sogar von einer Stadt in der Steiermark, die, als sie die Grenzwerte erreicht hat, also wie die Tage überschritten worden sind, zu messen aufgehört hat, damit sie nimmer dabei sind. Das sind alles Dinge, dazu stehe, das machen wir in Graz gut und ich stehe auch zum Fahrverbot, wir haben bislang versucht den Menschen sehr freundlich durch Förderprogramme klar zu machen, dass die alten Dieselfahrzeuge jetzt umgerüstet gehören. Beim Fahrverbot habe ich gestern auch mit einer Frau sehr intensiv nach der Veranstaltung diskutiert, damit muss man umgehen, wir müssen das erst organisieren und man muss noch einmal auch, und so hat es, glaube ich, auch der Gemeinderat einstimmig beschlossen, den Unternehmungen, aber auch den Privatpersonen Zeit geben, umzurüsten. Den Herrn Kresch, der gestern dabei war, der wird sich riesig freuen, also sobald das Fahrverbot ausgesprochen wäre, müssen wir es nur auch kontrollieren können und da gibt es noch einige Probleme, wie gehst du auch mit Menschen um, und deswegen wollen wir nicht nur eine Grazer oder regionale Angelegenheit, sondern wir brauchen eine europäische und bundesweite Regelung. Und da auch ein klares Bekenntnis, wenn uns Brüssel Werte vorgibt, die nur auf Mengenbasis jetzt im Moment uns fast die Hände binden, weil wir eh nicht hinkommen, dann hätte ich mir von Brüssel und den dortigen Politikern schon

erwartet, dass sie der europäischen Autolobby mit Ausnahme der Franzosen, die es freiwillig tun und der Japaner, die es schon tun, verpflichtend diese Partikelfilter bei Auslieferung von Neufahrzeugen vorschrieben und nicht sagen, das werden wir irgendwann einmal machen. Also ganz ein klares Bekenntnis, ich weiß, es wird jetzt kommen, aber das hätten sie schon viel früher tun können. Das ist vielleicht ganz, ganz wichtig, dass wir mit den Unis zusammenarbeiten.

StRin. **Monogioudis:** Ich war gestern natürlich auch bei diesem Vortrag und mir ist es so gegangen, ich fühlte mich in manchem, was ich schon gewusst habe, bestärkt. Manches war für mich überraschend wie zum Beispiel, dass nicht, wie ich auch voriges Jahr in dieser Anfragebeantwortung gesagt habe, und ich habe mich da ja auch auf Untersuchungen bezogen natürlich, dass nicht, je kleiner desto gefährlicher, sondern, laut Prof. Haider, eben bei 0,2 die Gefährlichkeit am größten wäre. Wie gesagt, das kann ich jetzt nicht sagen, wer da jetzt Recht hat. Zu den Aussagen, die mich auch ein bisschen überrascht haben, gehörte, dass es nicht so ist, dass jetzt Dieselruß besonders gefährlich ist, sondern dass man nicht unterscheiden sollte zwischen Diesel- und Benzinmotoren, das habe ich wirklich das erste Mal gehört und kann es mir eigentlich nicht so gut vorstellen. Zu der Aussagen, dass es unseriös ist, wenn man sagt, so und so viele Todesopfer auf Grund von starker Feinstaubbelastung, also es gibt natürlich eine ganze Reihe von Studien, die die Gesundheitsgefährdung, den Zusammenhang belegen. Inzwischen, und ich habe mir da ein Papier, das ist vom Sachverständigenrat für Umweltfragen, inzwischen geht man dazu über, hier heißt es: Um Missverständnisse in der Interpretation zu vermeiden, ist es sinnvoll, nicht die vorzeitige Mortalität, sondern die Verkürzung der Lebenserwartung zu nennen und man geht jetzt dazu über, dass man sagt, um so und so viele Monate oder Jahre würde sich bei dieser Belastung die Lebenserwartung verkürzen. Also das ist, glaube ich, durchaus seriös und ich finde das eigentlich sinnvoll, wenn man es so darstellt. Sonst möchte ich einfach meinem Vorredner, dem Gemeinderat Getzinger insofern beipflichten, dass es für die Stadt Graz ganz, ganz wichtig ist, möglichst viel, möglichst schnell von diesem Maßnahmenpaket umzusetzen. Wichtig ist es, die wirklich wirksamen Maßnahmen in Angriff zu nehmen, aber es sind ja in diesem Maßnahmenkatalog auch eine ganze

Reihe von Maßnahmen, die sehr sinnvoll sind, obwohl der Beitrag zum Feinstaub, der dadurch vermindert werden kann, nicht so groß ist und deswegen freue ich mich, dass wir heute ein Stück auf der Tagesordnung haben, ein Stück der Wirtschaftsbetriebe, wo es um diesen differenzierten Winterdienst geht, das ist eben auch eine Maßnahme aus diesem Maßnahmenpaket und ich denke, dass das sicher etwas sehr Sinnvolles ist, und ich freue mich, dass es gelungen ist, soweit zu kommen auch auf diesem Gebiet (*Applaus KPÖ*).

Bgm.-Stv. **Ferk**: Meine Damen und Herren, ich glaube, dass es wichtig ist, sowohl Persönlichkeiten, die sich wissenschaftlich mit der Thematik des Feinstaub auseinandersetzen, nach Graz einzuladen, das ist ja nicht das erste Mal geschehen. Insofern war die gestrige Diskussion durchaus eine Bereicherung. Es ist in manchen Punkten allerdings, und diejenigen, so wie ich, die an dieser Veranstaltung des Herrn Bürgermeister teilgenommen haben, schon auch klar geworden, dass wir, glaube ich, gerade mit unseren Universitäten, mit der medizinischen aber vor allem auch mit der technischen Universität, aber auch, meine Damen und Herren, ich habe das einige Male schon erwähnt mit unseren forschungsinnovativen Betrieben in der Stadt wie AVL auf einem guten Weg sind. Es sind ja nicht Widersprüche auf den Tisch gekommen und manches von dem, was gestern der Prof. Haider gesagt hat, ist nicht neu. Die Grundlage aber dafür sollten wir schon ernst nehmen, nämlich, dass die Strategie der Stadt Graz in ihren umweltpolitischen Maßnahmen eine richtige ist. Die Strategie lautet eindeutig, dass wir natürlich in einem Ballungszentrum mit einer hohen Verkehrsbelastung und natürlich da und dort noch mit Hausbrand und Industriebrand in Wirklichkeit auch Maßnahmen setzen müssen gegenüber der Luftverschmutzung, da sind wir auf einem sehr, sehr guten Weg. Und die Strategie kann ja nur lauten, dass in Wirklichkeit wir alles dazu beitragen, dass möglichst viele Dieselmotoren und Fahrzeuge, die heute mit Dieselmotoren ohne Partikelfilter ausgestattet sind, umgerüstet werden. Daher sind immer die Beiträge, die manches Mal von Wirtschaftsseite kommen, aber auch von politischer Seite deutlich zu hinterfragen und ich bin auch froh, dass der Herr Bürgermeister hier durchaus eine positive Wendung in seiner Auffassung getätigt hat, dass man nicht immer sagt, eigentlich sind die Messwerte, die man nur heraufsetzen muss, dann ist das Problem

weg. Das Problem ist nicht weg und es ist notwendig, im Sinne der Gesundheit etwas zu tun. Der Risikofaktor Verkehr Dieselmotor ist gegeben und wir sind es gewesen, die eigentlich, und das ist toll, das weiß auch der Herr Professor Haider, von Graz aus europäisch eine Vorbildwirkung erzielt haben, indem nämlich Unternehmen der Steiermark auch entsprechende Nachrüstfilter produzieren und sie produzieren gut, weil sie bauen sogar zusätzlich Fabriken, wie die Firma Remus. Gott sei Dank haben wir diese innovative Leistung gebracht, sie dient letztendlich auch der Umwelt und der Stadt Graz. Was wir allerdings im Auge haben müssen, ist selbstverständlich auch dabei nicht nur der Konsens im Gemeinderat, sondern die Unterstützung der übergeordneten Gebietskörperschaften, wenn wir zum Beispiel sagen, wir wollen eine Stadt- und Regionalbahn, wir wollen den öffentlichen Verkehr ausbauen. Auch hier wieder haben wir in Graz Beispiele getätigt, wir haben 20 Millionen Euro in die Hand genommen in schwierigen Zeiten und gezeigt, dass es uns wert ist. Meine Damen und Herren, das Zweite ist, die Technik ist auch in dieser Frage weit vorangeschritten, ein Unternehmen der Stadt Graz, nämlich Siemens, hat vor kurzer Zeit, und ich war mit dem Kollegen Hagenauer bei einer Präsentation vor einer Woche auch in der Firma Siemens, präsentiert, dass es möglich ist, im selben Schienensystem sowohl im Nahverkehr, also auf Schiene der GKB, der ÖBB als auch auf Schiene der Straßenbahn mit einem modernen Triebwerk zu fahren. Auch das ist wichtig festzuhalten, das kostet Geld und das, was in Paris möglich ist, das, was in Houston bereits möglich ist mit Forschungsergebnissen der Stadt Graz, muss eigentlich auch in Graz möglich sein und daher ist das richtig und gut, dass wir weiterhin gegen den Feinstaub auftreten und diesen Konsens, den habe ich mir immer gewünscht, dass es sehr laut und deutlich der Bürgermeister, der Vizebürgermeister als Umweltreferent und der Gemeinderat als Gremium sehr deutlich sagt, na wenn es notwendig wird, dann werden wir das umsetzen, was richtig ist, nämlich dann wird es auch ein Fahrverbot für Dieselfahrzeuge ohne Partikelfilter geben müssen. Alle anderen organisatorischen Maßnahmen sind im Grunde ja mit dem Land Steiermark ausgesprochen, ob man das mit einer Vignette macht, wie immer man das also auch am Fahrzeug anbringen kann, das sind ja sekundäre Fragen. Primär ist nur, wollen wir das und wollen wir das im Sinne der Gesundheit der Grazer Bevölkerung (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Also, ich freue mich über diese Debatte und es zeigt mir auch, wie das Thema wirklich brennt, es beteiligen sich alle dabei. Ich möchte nur noch zwei Dinge hinzufügen. Also das mit dem Partikelfiltern ist wichtig, aber es kann nicht primär sein. Primär kann ja nur sein, und da hoffe ich jetzt ja auch auf ein Umdenken und eine andere Sicht des Herrn Bürgermeisters, der sonst immer oder früher immer gemeint hat, ich sage früher, weil ich mir denke, vielleicht war das eine Zäsur gestern, man muss also mit dem Auto wirklich bis in die gute Stube hineinfahren, ich nehme an, dass hier auch ein Umdenken stattfinden wird, also ins Wohnzimmer sagen Sie, und ich denke, worauf es ankommt, ist einfach, dass der motorisierte Individualverkehr wirklich drastisch reduziert wird, das ist das eine. Das andere ist, Siemens, ich war ein paar Tage vorher dort und da ist es nicht nur möglich, das, was der Herr Vizebürgermeister gesagt hat, sondern Siemens produziert bereits auch Hybridmotoren, Diesel und Elektro, also gehen wir es an, Herr Stadtrat Rüschi. Gehen wir es an mit der Stadt-Regionalbahn und reden wir nicht von einer S-Bahn und von einer Straßenbahn, die rausfährt nach Unterpremstätten, sondern gehen wir wirklich die Stadt-Regionalbahn an und wir werden damit viel Erfolg haben. Andere Städte haben es und wir können das auch.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das mit dem Wohnzimmer oder mit den Autos, die bis in die wo hineinfahren? Ich weiß es jetzt nicht mehr genau. Ich habe mich immer schon dafür eingesetzt, dass es möglichst Betriebe gibt, die sehr personalintensiv geführt werden und die sich von dem Vereinsprinzip verabschieden, weil das tut unserer wirtschaftlichen Entwicklung nicht gut, das ist das eine. Das Zweite ist, wenn wir über bessere Verbindungen sprechen, kann ich gleich was ankündigen, es wird nämlich wieder eine Pressekonferenz von mir geben, die den Rahmen noch etwas weiter steckt. Wir müssen nämlich nicht nur an Graz und Graz-Umgebung denken, da gäbe es viel zu sagen, weil Graz-Umgebung hat ja zwar 150.000 Einwohner, aber de facto so gut wie keinen Gas- und keinen Fernwärmeanschluss, über das muss ja wirklich auf Landesseite debattiert werden, das ist ja noch viel schlimmer, in Graz haben wir ja nicht mehr so viel Potential, aber Graz-Umgebung hätte ein enormes Potential, Feinstaub zu verringern und was die Bahnverbindungen anbelangt, werde ich mich ja

nächste Woche mit dem Bürgermeister von Marburg treffen und es wird ja dann die Tagung Regio-Move findet statt, da geht es um regionale Kooperationen und dort wird festgestellt, dass bei unserer Schwesterstadt, jetzt sind wir mit Marburg seit 1987, also seit 18 Jahren, sind wir schon Partnerstädte, es gibt Wirtschaftsbeziehungen, es gibt Straßenausbauten und ich weiß nicht was alles, aber beim ÖV haben wir auch auf dieser Achse, und die hat Herbert Paierl auch immer schon als die zukünftige helle Region bezeichnet, wo es noch Chancen gibt, werden wir jetzt dann auch EC-Verbindungen schaffen zwischen Laibach, Graz und Prag und da wird es dann möglich sein, innerhalb einer Stunde zu verkehren zwischen Marburg und Graz. Also das sind schon Dinge, die auf Schiene sind und das wird uns natürlich auch noch einiges da verbessern.

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Sehr gut, Herr Bürgermeister. Nicht so viele Pressekonferenzen, einfach mehr ganz konkrete Gespräche, wie zum Beispiel mit dem Bürgermeister von Marburg. Unser Herr Verkehrsstadtrat hat ja bereits das Projekt Integration von Marburg in den Verkehrsverbund noch in seiner früheren Funktion angedacht. Ich glaube, dass wir das jetzt sehr konkret angehen sollten. Tatsächlich ist diese Achse zwischen Graz, Leibnitz, Maribor als sehr entscheidende Entwicklungsachse auch für uns als Landeshauptstadt und dieser Schritt der Integration von Maribor in den Verkehrsverbund wäre dann halt sozusagen ein echtes Zeichen dieser Integration einer Achse. Vielleicht noch kurz zum Herrn Haider, der ja, wie Sie vielleicht wissen, seit etwa einem Jahr pensioniert ist, ein pensionierter Wissenschaftler sagt vielleicht auch manchmal andere Dinge als einer, der noch in Amt und Würden ist, so wie bei den Politikern ist das so ähnlich, die werden dann auch plötzlich ganz mutig und sagen auch oft ganz eigenartige Dinge. Aber noch einmal, ich schätze den Herrn Haider als Wissenschaftler durchaus, allerdings die Aussage, dass besonders kleine Partikel harmlos seien, so wie Sie das jetzt gemacht haben oder wie Sie ihn vielleicht sogar referiert haben, den Herrn Haider, kann ich mir...

Bgm. Mag. **Nagl**: Sind nicht harmlos, habe ich nicht gesagt, ich habe nur gesagt, der Körper kann diese hinausbefördern und das...

Dr. **Getzinger**: Wie soll er die hinausbefördern, die überschreiten die Schranke zwischen Lunge und Blut und landen im Blut und sind dann überall im ganzen Körper.

Bgm. Mag. **Nagl**: Eben nicht, da hätten Sie gestern dabei sein sollen.

Dr. **Getzinger**: So wie das auch bei Gasen ist, Gase sind zum Beispiel, wenn man so sehen will, ganz kleine Partikel, soweit bin ich ja doch noch immer Chemiker. Dieser Staat hat mir ein fünfjähriges Studium ermöglicht, sodass ich mich da doch ein bisschen auskenne und die Gase, Herr Bürgermeister, wie Sie vielleicht wissen, können durchaus sogar tödlich sein, wenn es die richtigen sind, es kommt dann tatsächlich auf die Chemie an, die muss man sich dann halt genauer anschauen. Noch einmal, dieser PM10-Grenzwert ist absolut notwendig, absolut richtig, er ist eine hohe Latte, die wir aber durchaus überspringen können, wenn wir uns bemühen. Es fehlt ein PM2-Grenzwert, es fehlt ein PM1-Grenzwert, daran wird gearbeitet im Rahmen der EU, weil es natürlich keinen Sinn macht, das auf nationaler Ebene zu machen. Wir werden in einigen Monaten bis Jahren auch mit diesen Grenzwerten konfrontiert sein und uns darum kümmern müssen. Dass der Herr Haider oder auch Sie, Herr Bürgermeister, die Statistik nicht als Wissenschaft anerkennen, das werde ich dem Institut für Statistik der Joanneum Research erzählen, dann kriegen Sie von dort jedenfalls wütende Proteste. Dass der Herr Haider sein Nachbarinstitut, nämlich jenes für Epidemiologie, das vor allem mit statistischen Daten natürlich auch arbeitet, dass er das nicht anerkennt, kann ich mir fast nicht vorstellen. Wir sollten es jedenfalls tun, meine Damen und Herren, das ist eine anerkannte Wissenschaft, die Epidemiologie, und wenn die sagen, dass die

Mortalitätsrate steigt bei dieser Feinstaubbelastung, die wir in Graz haben, dann ist das nun mal als wissenschaftliches Fakt anzuerkennen, Herr Bürgermeister. Sie können immer wieder gebetsmühlenartig sagen, dass ist nicht wissenschaftlich oder der Herr Haider hat etwas anderes gesagt, dann ist das halt eine wissenschaftliche Einzelmeinung, so etwas gibt es auch in der Wissenschaft. Einzelmeinungen, die aber nicht anerkannt sind sozusagen in der breiten Fachwelt, in den Zeitschriften, in den einschlägigen schreibt man jedenfalls sehr eindeutig vom Zusammenhang zwischen Feinstaubbelastung und man meint damit immer die Überschreitung der PM10-Grenzwerte, Feinstaubbelastung und erhöhter Mortalität. Summa summarum das Ergebnis ist ein ganz ein einfaches, wir müssen die Feinstaubbelastung in Graz, wie groß die Partikel auch immer sein mögen, deutlich reduzieren und das wirksamste Mittel ist, dass wir den Dieselruß reduzieren, bei den dieselbetriebenen Fahrzeugen ansetzen, deswegen die Katfilterförderung, deswegen auch die Forderung nach Fahrverboten für Dieselfahrzeuge ohne Katfilter in kritischen Situationen. Wir müssen, auf einen Punkt gebracht, die Stinker einfach rausbringen aus dieser Stadt, sowohl Lkw, als auch Pkw (*Applaus SPÖ*).

GR. **Slamanig**: Ich will dieses Haus mit meiner Meinung nicht noch zusätzlich überfordern, aber was ich zuletzt feststellen habe müssen, dass in den Köpfen und Hirnen also noch einiges passieren muss in dieser Stadt. Ich erzähle jetzt ein Beispiel, wie es mir vor einer Woche gegangen ist in einer Straßendiskussion, wo ein 60 Jähriger in seiner großen Sorge um die Gesundheit seiner Kinder zwar 60 Zigaretten raucht und damit sein Immunsystem schwerstens beeinträchtigt, wie mir sehr wohl bewusst ist und bekannt, weil ich selber Asthmatiker bin und Ex-Raucher. Nur derjenige ist ein konsequenter Gegner der Linie 6, weil er begründet, die Straßenbahnlinie, die wir dort errichten werden mit viel Aufwand und hin und her, wird also den Straßenverkehr zum Erliegen bringen in der St.-Peter-Hauptstraße und damit seinen Kindern also jede Perspektive streitig machen. Was ich meine, der Ansatz der Stadt mit seinen Bürgern müsste der sein, dass man das, was uns also mittlerweile an wissenschaftlichen Erkenntnissen alles schon bewusst ist, den Menschen also in irgendeiner Form, Kampagne oder Marketing oder was immer, passieren muss, näher bringen müssen, weil die besten Überlegungen also nichts

helfen, wenn wir den Menschen, das was uns vernünftig erscheint, nicht näher bringen können. Fehler der Vergangenheit in der Verkehrspolitik müssen korrigiert werden und die können wir nur mit Zustimmung der Bevölkerung erledigen. Wir werden jämmerlich Schiffbruch erleiden, wenn die Menschheit in ihrer Philosophie am Automobil hängt und keine Möglichkeit sieht, sich davon zu verabschieden. Und wenn man einem Bürger der Stadt Graz erklärt, dass es auch ohne Auto geht, dann will einem der also zwangsläufig irgendwie für verrückt erklären, aber das ist so. Ich wünsche mir, dass von diesem Haus zu diesen Maßnahmen, die geplant sind, ein besserer Geist an die Bürgerinnen und Bürger gelangt und dann vielleicht einmal die Möglichkeit, dass man auch die Erkenntnisse in die Realpolitik umsetzt, das wünsche ich mir (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich freue mich so, dass die Frau Gemeinderätin, Klubobfrau und Lehrerin Sigi Binder sich darüber freut, dass ich lernfähig bin und ich bin das und ich freue mich drüber und ich glaube, das sollten alle sein, weil da gibt es viele Menschen, die wirklich nichts dazulernen wollen. Ich würde mich nur freuen, Herr Dr. Getzinger, wenn Sie auch so gut wären, bei solchen Diskussionsveranstaltungen dabei sind, dann hätten Sie den Herrn Dr. Haider auch erleben können, Sie hätten ihn fragen können und dann sollten Sie nicht Verbindungen herstellen, die es nicht gibt, weil ich habe nicht gesagt, dass die Statistik keine Wissenschaft ist, sondern ich habe gesagt, dass das Heranziehen von Feinstaubwerten und das Auftreten von Todesfällen rein auf statistischen Annahmen beruht und von niemandem nachgewiesen werden kann, das ist nicht Wissenschaft, das hat Herr Dr. Haider....

Zwischenruf GR. Dipl.-Ing. Dr. Getzinger: Das ist Wissenschaft.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nein, das können Sie jetzt 17 Mal da so behaupten und dozieren, es ist so nicht. Sie hätten es mit dem Herrn Dr. Haider besprechen können. Ich habe

ihn wiedergegeben und ich glaube nicht, mich getäuscht zu haben, weil man hat einfach hergenommen Todesfälle...

Zwischenruf GR. Dipl.-Ing. Dr. Getzinger unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ist eine Einzelmeinung, Ihre sicherlich auch. Ich wollte es Ihnen nur sagen, sie dozieren da auch und das muss einmal gesagt werden (*Applaus ÖVP*). Es ist vielleicht auch für den Gemeinderat von Interesse, dass im Teletext des ARD drinnen steht, dass man in Brüssel, in der EU, jetzt drüber nachdenkt, die Grenzwerte sich genauer anzuschauen und wieder zu verändern. Also diese Diskussion, die wir da gestern auch geführt haben und wo es auch Neues oder auch nichts Neues, ich glaube für viele war was Neues dabei, für manche, die nicht dabei waren, nicht, schaut es so aus, dass die EU sich mit diesem Thema beschäftigt und das ist so wichtig, weil es eben eine Größe von Partikel gibt, die besonders gefährlich sind und diesen sollten wir uns widmen, die betragen nämlich nicht einmal 1 % der gesamten Feinstaubmenge, das ist vielleicht auch nicht uninteressant, dass man das noch einmal betont.

16) Grazer Friedensbüro

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Seit 1988 gibt es das Grazer Friedensbüro, das jährlich mit knapp 110.000.- Euro, einer Personal-Subvention und der stadteigenen Infrastruktur unterstützt wird. Für viele GrazerInnen ist das Friedensbüro durch seine Tätigkeit bekannt und ich möchte das auch nicht noch einmal erwähnen, was ohnehin meine Kollegin Elke Kahr schon ausgeführt hat. Möchte nur die Wichtigkeit des

Friedensbüros auch in seiner antirassistischen Arbeit mit einem Beispiel noch zusätzlich erklären. Ich bin gestern zur Synagoge gegangen, weil wir dort eine Veranstaltung hatten und auf dem Weg zur Synagoge, also knapp vor der Synagoge, kamen uns einige Parkwächter entgegen, eine Frau war auch dabei, eine Parkwächterin, und ein Kollege von mir fragt sie „wird heute die Synagoge besonders betreut und bewacht“ und die Parkwächterin sagt, „nein, ich bewache keine Judenburg“. War irgendwie eine schlimme Aussage, irgendwie war ich selber so platt, dass ich gar nichts sagen habe können, also insofern muss ich sagen, ist natürlich die Arbeit des Friedensbüros schon von besonderer Bedeutung. An den Vorstandssitzungen, die regelmäßig stattfinden, nehmen auch Mag. Haubenhofer als Vertreter des Bürgermeisters und der Herr Gemeinderat Rajakovics von der ÖVP, derzeit auch Pressereferent des Herrn Bürgermeisters, teil. In keiner der Sitzungen wurde je über ein Ansinnen des Bürgermeisters, das Büro zu schließen oder in irgendeine andere Struktur einzubinden, berichtet.

Umso größer war natürlich meine Irritation, und wie ich gemerkt habe, auch die Irritation von anderen Kolleginnen und Kollegen, als ich der Kleinen Zeitung entnehmen musste, dass Sie, Herr Bürgermeister, die Integration in Graz auf drei Säulen ruhend sehen, nämlich dem neu einzurichtenden Integrationsreferat, dem ETC und dem interreligiösen Rat und dass Sie an die Schließung des Friedensbüros denken. Ich habe mich sofort mit dem Friedensbüro in Verbindung gesetzt, weil ich wissen wollte, ob Sie auch mit dem Herrn Dr. Kumpfmüller das besprochen haben, dem Leiter des Friedensbüros, es wurde mir versichert, dass dem nicht so war. Mittlerweile scheint es Gespräche gegeben zu haben.

Als Grüne Gemeinderätin und Vorstandsmitglied lehne ich diese Vorgangsweise ab und stelle an Sie daher die

A n f r a g e :

Was konkret steckt hinter der kolportierten Aussage, das Friedensbüro auflösen zu wollen? Sie haben heute schon die Möglichkeit gehabt, einiges dazu zu sagen, ich bin aber nicht so zufrieden gewesen, dass ich meine Anfrage zurückziehen hätte können.

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich werde Ihnen jetzt auch nur kurz antworten, es liegt nicht nur an den Dingen, die ich heute schon eingangs zitiert habe, sondern es liegt auch ein bisschen an der Struktur und an den Zuständen im Friedensbüro selbst, dass diese Diskussion ins Rollen gekommen ist und ich bin sicher, dass wir auch nach den dringlichen Anträgen dann zu einer guten Lösung kommen. Ich möchte das da gar nicht weiter ausbreiten, aber ich glaube, Sie wissen, dass nicht alles so läuft, wie es laufen sollte und deswegen sind Überlegungen da. Mir ist aber eines wichtig, dass dieses demokratische Instrumentarium Gemeinderat in Verbindung mit den Friedensprojekten, die dort positiv immer entwickelt worden sind, aufrecht bleibt, dass auch ein sorgsamer Umgang mit den Menschen, die im Friedensbüro da sind, gepflogen wird und das möchte ich schaffen und mehr möchte ich heute nicht dazu sagen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Ich habe nur eine Bitte an Sie, Herr Bürgermeister. Vielleicht gelingt es auch in Zusammenarbeit mit Ihrem Pressereferenten, dass solche wesentlichen Informationen wirklich zuerst hausintern kommuniziert werden. Das würde einiges erleichtern, das würde einiges weiterbringen, aber wenn der Pressereferent, ich glaube, der Pressereferent wird es gewesen sein, mit solchen Informationen gleich an die Presse hinausgeht, ich finde das einfach entbehrlich, diese Vorgangsweise.

Bgm. Mag. Nagl: Frau Gemeinderätin, vielleicht da nur und ich mache das jetzt und dann sage ich wirklich nichts mehr dazu: Gemeinderat Thomas Rajakovics hat da überhaupt nichts nach draußen erzählt, es war leider jemand, dem ich das einmal zumindest erzählt habe meine Überlegungen unter dem Siegel der Vertraulichkeit, es ist halt wieder einmal hinausgegangen, aber ich glaube, vorbereitet war es anders, nämlich, dass wir auch mit allen zuständigen Leuten reden, da gibt es eine genaue Reihenfolge, so haben wir es halt einmal versucht, es ist daneben gegangen, das tut mir Leid, das ist auch schlimm für die Mannschaft, die dort ist, weil die durch diese Diskussion mehr als verunsichert sind, aber wir wollen das gemeinsam ja bis Mitte Oktober wieder alles klarstellen und eine Lösung finden und ich bin mir sicher, dass,

wenn wir alle zusammenhelfen, auch eine Lösung gefunden werden wird (*Applaus ÖVP*).

17) Volksschule Ries

GRin. **Binder** stellt folgenden Antrag:

GRin. **Binder**: Das ist jetzt meine letzte Anfrage und es betrifft die Volksschule Ries. Die Volksschule Ries beschäftigt den Gemeinderat schon seit einem guten Jahr, am 11. 11. 2004 habe ich zu dieser Volksschule den ersten Antrag eingebracht.

Seither haben betroffene Eltern, aber auch die Schulleiterin und die KollegInnen nichts unversucht gelassen, um den Standort ihrer Schule abzusichern. Eigentlich denke ich mir, müsste die Stadtregierung stolz sein auf BürgerInnen, die so engagiert sich für ihr Anliegen einsetzen

Am 10.9.2005 fand in Ries eine Volksbefragung statt, an der sich 24,15 % der Bevölkerung beteiligten. Davon stimmte die überwältigende Mehrheit für die Aufrechterhaltung der Schule und nur acht Menschen, acht Stimmen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) wurden gegen den Erhalt der Schule abgegeben. Also der ÖVP ist es offensichtlich nicht gelungen, die Gegner, die Gegnerinnen hier zu mobilisieren. Der Bürgermeister hat am Vortrag der Volksbefragung noch über eine Zeitung gemeint, dass, wenn das Votum eindeutig ausfallen würde, er schon über eine Aufrechterhaltung noch einmal nachdenken möchte. Nun nach der Volksbefragung waren Sie der Meinung, Herr Bürgermeister, dass die Wahlbeteiligung zu gering war mit 24,15 %. Sie haben die Latte plötzlich hoch gelegt und haben gesagt, 50 % wäre eine Erfolgsquote gewesen. Da möchte ich Sie aber erinnern, dass das eine der Volksbefragungen war, die wohl sehr gut besucht war und sehr gut angenommen wurde, denn die damalige Volksbefragung zum Kunsthaus im Schloßberg, da nahmen nur 16 % teil. Österreichweit liegt die Durchschnittsquote bei acht Prozent und es gibt nur ganz wenige Volksbefragungen, die über der Teilnahme in Ries liegen. Also ich weiß nicht, wie Sie, Sie werden sich

das schon überlegt haben mit den 50 %, aber ich halte es schon für unzulässig, weil es auch die Menschen, die sich dafür sehr, sehr engagiert haben, einfach total vor den Kopf stößt.

Ich stelle daher an Sie, Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

- Sind Sie bereit, hier und heute vor dem Gemeinderat das Ergebnis der Volksbefragung zum Erhalt der Volksschule Ries als Erfolg anzuerkennen?
- Werden Sie unter Einsatz all Ihrer Möglichkeiten für den Erhalt der Schule eintreten?
- Werden Sie gemeinsam mit dem zuständigen Stadtrat und der für das Schulwesen auf Landesebene künftig zuständigen Person die dafür notwendigen Weichen stellen wollen? (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Binder, beginnen möchte ich vielleicht damit, dass Sie gesagt haben, die ÖVP hat die Gegner nicht mobilisieren können. Es hat überhaupt keine Mobilisierung von uns dort in irgendeiner Form oder Weise gegeben, sondern es ist, und das bitte ganz, ganz deutlich, es ist eine Befragung, die innerhalb eines Bezirkes stattgefunden hat mit einer klaren Fragestellung und die bis zum heutigen Tag, sonst hätten wir sie ja heute schon hier behandeln können, noch nicht abgeschlossen ist, weil es Einspruchsfristen etc. gibt. Es haben sich, wie Sie gesagt haben, im Moment sind das die Zahlen, die vorliegen, viele Menschen dafür ausgesprochen aus ihrer Bezirkssicht, dass diese Schule in Ries erhalten bleibt. Sie wissen ganz genau, wie schwer ich mich in Summe schon mit dieser Gesamtentscheidung immer wieder herumgeschlagen habe, mache da keinen Hehl daraus, es gibt allerdings, und das möchte ich da heute noch einmal anführen, weil es schon ein paar Mal heute ein bisschen gekommen ist, es gibt eine Bezirkssicht, es gibt aber auch so etwas wie eine gesamtstädtische Verantwortung, die ich als Bürgermeister, auch gemeinsam

mit der ganzen Stadtregierung zu tragen habe und in dieser Gesamtverantwortung und nicht aus einer Bezirkssicht heraus, wo man eine solche Traumschule, wenn ich sagen darf, im positiven Sinn kleinstrukturiert, nur 14 Kinder mitten im Wald, aber noch fehlende Turnsäle und andere Einrichtungen, die gesetzlich heute notwendig wären, ist unumstritten, das ist das Schönste, was man sich vorstellen kann für die Betreuung von Kindern, nur in der gesamtstädtischen Sicht haben eben SPÖ und ÖVP im vergangenen Jahr bei der Aufgabenkritik beschlossen, dass wir diese Schule schließen und dazu sind wir gestanden. Und ich werde die Entscheidung des Gemeinderates nicht allein vorwegnehmen, weil wenn es so weit ist, wenn diese Volksbefragung endgültig ausgezählt und anerkannt wird, werden wir uns da im Gemeinderat damit beschäftigen. Ich sage noch einmal, jetzt sind sogar schon Weichenstellungen passiert, die das Aufsperrn dieser Schule im nächsten Jahr de facto gar nicht ermöglichen, weil wir würden wahrscheinlich jetzt nicht einmal mehr von Landesseite eine Genehmigung für diese Schule bekommen, weil wesentliche Voraussetzungen fehlen, die uns ja noch zu einem Investitionspaket gezwungen hätten und das ist das...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das ist so, über lang oder kurz hätten wir das investieren müssen und es werden uns gleichzeitig, weil wir eben weniger Kinder haben, Berliner Ring und andere größere Schulen übrig bleiben und leer stehen und aus dieser Gesamtverantwortung heraus haben wir diesen Vorschlag gemacht und wir haben niemanden mobilisiert, das ist ein Ergebnis, ich weiß auch, dass da 1000 Menschen von 4000, die hingegangen sind, ein klares Votum gesprochen haben und dass die an dieser Schule hängen und diese wollen, aber es geht jetzt nicht nur um die tausend, es geht um 240.000 Einwohner von Graz und unsere Gesamtkonzeption, und deswegen werden wir das im nächsten Gemeinderat aller Voraussicht nach, wenn die Frist dann da ist, auch wieder besprechen. Aber ich bin heute auch nicht zu feig, das Thema klar anzusprechen, ich hätte jetzt auch sagen können, das tun wir

geschäftsordnungsgemäß erledigen, das will ich nicht. Tausend Leute haben uns klar gesagt, sie wollen diese Schule, ich verstehe auch warum, aber ich hoffe, dass es uns auch letztendlich gelingt, diesen Menschen zu sagen, warum wir diesen Schritt überhaupt gesetzt haben. Ob sie dann das akzeptieren werden, weiß ich nicht, aber so sehe ich die Situation. Beschließen wird es dann letztendlich der Gemeinderat, wir alle, wie wir da sitzen, mehrheitlich oder einstimmig.

GR. Mag. **Candussi**: Sie wissen, wenn es um die Riesschule geht, stehe ich in einer Doppelrolle da, einerseits als Gemeinderat, aber auch als Vater, als Bezirksbewohner und ich muss sagen, ich habe mich schon sehr gewundert, erstens, und das ist der Teil der Frage der Sigi Binder ist noch überhaupt nicht beantwortet, nämlich über diese Äußerung, die aus dem Bürgermeisteramt kam, ich weiß, du warst, glaube ich, auf Urlaub, dass das Ergebnis so quasi eigentlich überhaupt nicht besonders wäre. So ab 50 % hätten wir reden können, das ist das eine, was die Leute überhaupt nicht verstanden haben, weil es eine Volksbefragung war, die vom Ergebnis her, von der Beteiligung her doch ganz massiv war und wir haben, beziehungsweise die Eltern haben ja doch auch dann angefangen zu rechnen und haben gesagt, wenn man im Bürgermeisteramt sagt, eine Beteiligung von 24 % von 100 % der wahlberechtigten Bevölkerung wäre irgendwie kein klares Votum, na dann schauen wir einmal, von wie viel Prozent von den 100 % der wahlberechtigten Bevölkerung unser Bürgermeister gewählt ist. Und wir haben nachgerechnet und sind draufgekommen das sind 20,8 %. Könnte man sagen, ist eigentlich eine lächerliche Menge, wie man daraus einen Bürgermeisteranspruch ableitet, weiß ich nicht, tun wir aber nicht, sondern wir stellen nur gegenüber und sagen, eine Beteiligung von 24 % bei einer Volksbefragung in einem Bezirk ist ein absolut achtbares Ergebnis, ein respektables Ergebnis und eigentlich ein massiver Erfolg, der zu denken geben sollte. Einer der Eltern hat in einem Brief dann auch und in seiner Presseaussendung auch ganz gut geschrieben und gesagt, wenn man auf der Autobahn fährt und alle kommen einem entgegen, dann sollte man sich überlegen, wer der Geisterfahrer ist. So gesehen sollte man vielleicht angeblich unwiderrufliche Entscheidungen, und wir sehen das anders, doch überdenken, das ist die eine Geschichte. Ich möchte noch zwei andere Sachen erwähnen, das eine

ist, wenn es heißt, es ist so eine kleine Schule, 14 Schüler und so. Es hat einen Jahrgang gegeben, wo in der ersten Klasse 14 Kinder sitzen, es wären im nächsten Jahr, also im heurigen Schuljahr, allein 14 Geschwisterkinder zur Verfügung gestanden plus allen Zusätzlichen, das heißt die Schule hat durchaus eine Zukunft gehabt von etwa, ich würde einmal sagen, 80 Schülern im Schnitt wäre durchaus drinnen gewesen, das ist nieder angetragen 20 Kinder pro Klasse, das ist das eine. Das Zweite ist, ich kann jetzt beurteilen, was diese Schließung der Schule für Auswirkungen hat. Die Stadt spart sich, irgendwo hat es einmal geheißen, 70.000,- Euro im Jahr, die Leute verstehen es nicht ganz, dass das Geld nicht da ist, wie wir wissen, 230.000 Euro hat es gegeben für das Bürgermeisteramt für die Designerausstattung dort, ein Viertel des Betrages schmilzt uns jedes Mal in den ersten Dezemberwochen mit der Eiskrippe im Landhaushof dahin, dafür haben wir überall das Geld, das verstehen die Leute effektiv nicht, dass man ihnen sagt und dann wird so ein Schulstandort zugedreht. Tatsächlich ist es ja so, dass das Geld nicht wirklich eingespart wird, es wird nur umverlagert, das Geld zahlen jetzt nämlich andere, das zahlen die Eltern durch Mehraufwand. Und ich kann ihnen sagen, meine Tochter Jana, die jetzt seit einer Woche eingeschrieben ist oder die Volksschule Berlinerring besucht, sitzt gezählte 40 Minuten jeden Tag im Schulbus nur in eine Richtung, bis sie dort ist. Ja eben und auf die Riesschule war es...

Zwischenruf GRin. Gesek unverständlich.

Mag. **Candussi**: Liebe Kollegin Gesek, auf die Riesschule war es durchaus möglich, wo ich auch noch gegangen bin, war es durchaus möglich, zu Fuß zu gehen und kein Problem. Aber zur Volksschule Berlinerring aus dem Stiftingtal gehen auch Sie nicht mehr zu Fuß jeden Tag in der Früh, das garantiere ich Ihnen. Also lassen wir die Kirche im Dorf. 40 Minuten jeden Tag, das heißt, Folge wird sein, viele Eltern...

Zwischenruf unverständlich.

Mag. **Candussi**: Das mag sein, dass es eine gute Schule ist, wunderbar 40 Minuten Schulbusfahren und wenn es heißt, was ist am Land? Es ist eben der Unterschied zwischen Stadt und Land und ich habe immer gedacht, wir wohnen in einem städtisch versorgten Gebiet, im Stiftingtal sind wir infrastrukturell überhaupt, wir haben kein Geschäft, wir haben mittlerweile keine Schule usw. und da merken die Leute einfach, dass die Stadt mit ihrem Versorgungsauftrag nicht nachkommt, dass ist das, was die Leute draußen nicht verstehen für einen an sich lächerlichen Geldbetrag, darum geht es, und deshalb wirklich noch das dringende Ersuchen, diesen Beschluss zu überdenken. Noch eines gibt es, was auch keiner draußen versteht im Bezirk, wenn Sie mit den Parteienvertretern reden, ob das der Bürgermeister ist, ob das der Vizebürgermeister ist, ob das die FPÖ ist, ob das die KPÖ ist, ob das wir von den Grünen sind, alle sagen, nein, es ist wirklich schlecht, diese Schule zuzusperren und dann gibt es keine Mehrheit für die Schule im Gemeinderat, das versteht draußen im Bezirk kein Mensch. Und das sollten Sie allen den Leuten erklären, da denke ich auch und, Karl-Heinz, ich habe es dir schon öfter gesagt, auch an die SPÖ, deren Haltung da absolut nicht verstanden wird, ich sage jetzt nicht das böse Wort, sondern ich sage, sie wird als nicht besonders mutig empfunden diese Haltung zu sagen, der Stadtrat soll entscheiden oder der Bürgermeister. Wir halten uns da raus, wenn ihr euch entscheidet und wenn ihr euch so entscheidet, wie ihr es sagt, das eure Meinung ist, wenn ihr euch für die Schule entscheidet, haben wir hier im Gemeinderat eine Mehrheit, die den Erhalt dieser Schule sichert. Ich würde euch wirklich bitten, diese Position einmal so zu überdenken. Danke (Applaus Grüne).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Also bezüglich der Kostenersparnis kann man durchaus ausgehen, dass es zwischen 90.000 und 100.000,- Euro sind im Jahr. Investitionsvolumen, das notwendig wäre, haben wir auch mehrfach diskutiert, annähernd zwei Millionen Euro und ich widerspreche dem Bürgermeister in einem

Punkt, Traumschule ist die Volksschule Ries möglicherweise hinsichtlich der Größe und der pädagogischen Fähigkeiten und Inhalte, die dort vermittelt werden. Infrastrukturell bei Gott keine Traumschule, es gibt keinen Turnsaal, keine geeigneten Freiflächen und niemals eine Möglichkeit, dort eine Nachmittagsbetreuung einzurichten. Auf der anderen Seite haben wir diese infrastrukturellen Einrichtungen alle in der Schule Berlinerring und diese Schule hat in der Stadt Graz einen sehr, sehr guten Ruf, auch bezüglich der pädagogischen Inhalte (*Applaus ÖVP*). Das Aufrechnen verschiedener Leistungen der Stadt Graz hier 10.000,- Euro dort 20.000,-, da 90.000,- da 100.000,-, ist so etwas Leichtes, ist für mich aber keine verantwortungsvolle Politik, lieber Hermann Candussi. Die Grundlagen für die Entscheidung, die im Vorjahr getroffen worden sind, sind die gleichen geblieben, sie sind aus meiner Sicht bestätigt worden mit der SchülerInneneinschreibung, wir haben weniger Volksschüler und Volksschülerinnen in Graz und wir müssen, wenn wir die Gesamtsicht der Stadt Graz im Auge behalten, und ich sehe das als unsere Aufgabe, das einfach beachten und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen. Und der Bürgermeister hat es angesprochen, auch wenn es wirklich schwer verständlich ist, aber per Bescheid ist der Schulstandort aufgelassen, wenn wir als Stadt Graz, als Schulerhalter diesen Standort dann wieder beantragen, wird es zu einer Prüfung von der Landesschulbehörde kommen. Normalerweise unter normalen Umständen dürfte dieser Standort nie mehr genehmigt werden und das ist ein Faktum und da kann man da herinnen noch lange diskutieren, das werden wir nicht verändern, die Grundlagen sind die gleichen geblieben. Aber wie der Bürgermeister angedeutet hat, die Diskussion wird dann folgen, wenn das endgültige Ergebnis der Bezirksvolksbefragung vorliegt und dann werden wir wahrscheinlich die gleichen Argumente, zumindest aus meiner heutigen Sicht, wieder austauschen (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich hätte mich auch gefreut, wenn jetzt eine Wortmeldung da gewesen wäre, die sich wirklich auf Fakten bezieht und die dann nicht so ein bisschen politisch polemisiert wie das in die Richtung 20,8 %, Herr Bürgermeister, von der Bevölkerung, die dich hätte wählen können, hat dich nur gewählt, aber wir sagen es nicht. Interessant war es ja, dass genau diese Geschichte jemand,

wahrscheinlich auch dann sehr gut beraten, als Leserbrief wiedergegeben hat, noch dazu ist er nicht einmal aus Graz, sondern von Graz-Umgebung und dem möchte ich nur ein paar Anmerkungen machen. Wenn dem so ist, ich sage es normal nicht, der amerikanische Präsident und nicht nur der jetzige, sondern auch seine Vorgänger, sind im Schnitt zwischen 12 und 14 % der Bevölkerung gewählt worden. Ich bin stolz auf die Zahl, die ich erreicht habe, auch auf die 20,8 %, umgesetzt heißt das nämlich hier 21 Gemeinderäte, die hier mit Verantwortung tragen. Das Ergebnis der Grünen wäre jetzt, rein statistisch gesehen, dann ungefähr 4 %, deswegen gibt es vier Gemeinderatsmitglieder. So in etwa könnte man es dann hochrechnen, weil halt einmal ein Großteil der Bevölkerung auch gar nicht zur Wahl geht und das wird sich wahrscheinlich auch nicht wesentlich verbessern. Ich wollte nur noch einmal betonen, ich bin stolz drauf, das hat schon lange keiner zustande gebracht (*Applaus ÖVP*).

Mag. **Candussi**: Ich mag nur klarstellen, ich stelle in keiner Weise den Anspruch auf den Bürgermeisteramt in Frage, auch wenn du von nur 20,8 % gewählt bist. Nur es war das Bürgermeisteramt, es kam aus dem Bürgermeisteramt die Meldung, dass 24 % Beteiligung bei einer Volksbefragung ein nicht ernst zu nehmendes Ergebnis sind. Ab 50 %, das war die Aussage, wie es in der Zeitung wiedergegeben ist, vielleicht ist das jetzt wieder falsch wiedergegeben von der Zeitung, aber das war die Aussage, ab 50 % wäre man bereit gewesen, darüber nachzudenken. Jetzt frage ich mich, ändert das die Faktenlage? Hätte es die Faktenlage geändert, nein, entweder geht es um die Faktenlage, dann wäre die Prozentzahl egal gewesen, aber vor allem war es für mich wirklich diese Position, 24 % sind lächerlich, und das kam aus dem Bürgermeisteramt und da haben wir angefangen nachzurechnen und haben gesagt, was ist noch alles lächerlich. Ich weiß, unser Ergebnis ist prozentuell, wir vergessen ja immer wieder die 100 %, also die absoluten Zahlen, wenn wir auf Wahlergebnisse schielen. Weil wir die ganzen Nichtwähler, die offensichtlich keine Möglichkeit sehen, da gar nicht mitrechnen. Aber das war der Ausgangspunkt der ganzen Berechnungen, ich habe dich nicht mit dem amerikanischen Präsidenten verglichen, sondern ich habe verglichen das Ergebnis einer Bezirksvolksbefragung mit dem Wahlergebnis von einer Gemeinderatswahl und das ist, glaube ich, zulässig.

Bgm. Mag. **Nagl**: Also vielleicht auch noch einmal und dann höre ich auch wirklich auf, ich glaube, du hast heute meine persönliche Meinung dazu noch einmal in Erfahrung bringen können. Ich glaube, ich gehe seriös mit diesem Thema um seit Anbeginn dieser Geschichte und das, was der Kollege Eiselsberg gesagt hat, ist auch ein Faktum und damit werden wir, auch wenn diese endgültige Entscheidung dann vorliegt, umgehen müssen. Und es beweist eines, was der Kollege Eiselsberg gesagt hat, eines beweist es wirklich, dass dieser Investitionsbedarf ein Faktum gewesen wäre in den nächsten Jahren, und dann sind zusätzlich zwei Millionen Euro auch da wieder zu investieren und das hat uns ja dazu bewogen, überhaupt diesen Schritt schweren Herzens überhaupt einmal zu setzen und ich glaube, dass auch die Angebote von gemeinsamen Klassenübersiedlung, Lehrer kann mitgehen in eine Schule, die diese Ausstattung hat, kein schlechtes ist und es wird manche geben, die es weiter haben und die es weniger weit haben, die Diskussion sollte man gar nicht führen, weil es trifft auf das ganze Stadtgebiet zu. Das war natürlich ein Traum für manche, die dort in unmittelbarer Nähe waren, gleich die Kinder zu Fuß hinschicken oder mitzubegleiten (*Applaus ÖVP*).

18) Intelligent Sparen

GRin. **Rücker** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Rücker**: Sommerpause war auch offensichtlich Sommerloch in den Medien und es gab da eine Meldung in der ersten Sommerhälfte, die uns doch etwas verwundert hat. Es war ein Sparvorschlag im Bereich Personal und Subventionen, der von Ihnen gekommen ist, Herr Bürgermeister, und zwar mit dem Vorschlag unter dem Titel „Intelligent Sparen“ wurde zuerst an die Medien und dann an die MitarbeiterInnen des Magistrates herangetreten und in diesem Vorschlag wurde vorgeschlagen, Kürzungen direkter finanzieller Subventionen für Vereine, Gesellschaften und NGOs durch MitarbeiterInnen aus einem Magistratspool, der nicht näher definiert ist, auszugleichen.

Ohne jetzt inhaltlich näher auf diesen Vorschlag einzugehen, da er für uns nicht sehr ausgereift gewirkt hat, ergeben sich trotzdem folgende Fragen an Sie, Herr Bürgermeister, die bisher für mich noch nicht zu beantworten waren:

- Wie können sie bei diesem Vorschlag sicherstellen, dass die von Ihnen beschriebene „Win-Win-Situation“, das steht auch in dem Brief so drinnen, auch wirklich für alle Betroffenen, wie zum Beispiel für die derzeit durch Vereine und eben durch direkte finanzielle Subventionen finanzierten MitarbeiterInnen, eintritt, weil wir gehen davon aus, dass es hier um einen Austausch gehen soll.
- Haben Sie über diesen Vorschlag jemals mit den betroffenen Gruppen wie zum Beispiel den MitarbeiterInnen des Magistrat Graz oder den VertreterInnen der Vereine, Gesellschaften und NGOs gesprochen, bevor Sie an die Medien gegangen sind?
- Was sind die von Ihnen konkret geplanten weiteren Schritte in dieser Sache, zumal in dem Brief angekündigt war, an den Stadtsenat heranzutragen den Vorschlag, das war das eine und das andere ist, dass es durchaus schon Vereine gibt, die davon hören, dass sie eben ihre Subventionen durch ein Personal ersetzt bekommen.
- Und eine Frage, die ich nicht aufgeschrieben habe, aber die sich auch herauskristallisiert hat, ist die Frage nach dem Pool, gibt es den?

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, das möchte ich deutlich einmal sagen, ich werde nicht jede Idee und jeden Vorschlag, den ich habe, irgendwo vorher mit hunderttausend Leuten besprechen, die Politik besteht auch einmal darin, dass man eine Idee hat und klar und deutlich sagt, das wünsche ich mir und das will ich (*Applaus ÖVP*). Das Zweite in der Angelegenheit ist für mich, dass ich mir sehr wohl überlegt habe, was ich da sage und das möchte ich Ihnen anhand eines Beispiels jetzt sagen. Wenn wir gerade dabei sitzen bei der Subventionsliste, vielleicht da oder dort 30 % im nächsten Jahr wieder einzusparen, dann wird es Vereine zutiefst

treffen, vielleicht sogar lebensgefährlich, sage ich, treffen und dann wird die eine oder andere Leistung in dieser Stadt nicht mehr vorkommen. Und gleichzeitig werden wir durch diese Aufgabenkritik, die wir wieder vorzunehmen haben, die eine oder andere Aufgabe vielleicht auch nicht mehr durchführen und da kann es dann sein, dass so etwas wie ein Pool besteht, im Moment gibt es keinen Pool, im Moment habe ich von vielen Abteilungen nur den Wunsch, dass noch mehr Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angestellt werden. Aber das könnte passieren und wenn das passiert, dann kann ich wenigstens im nächsten Jahr, und das haben wir auch durchaus schon damit abgefragt und es gibt schon Rückmeldungen positive und negative, negative zum Teil die, die sagen, ja um Gottes willen, wenn es weniger Geld gibt und ihr schickt mir einen, dann bin ich dort vielleicht wegrationalisiert. Ja, die trifft es, aber eine Win-Win-Situation für die Stadt und für den Verein, und so ist es gemeint, gäbe es, weil wenn es kein Geld gibt, sind die Leute dort ja auch nicht mehr quasi zu beschäftigen und da ist es mir lieber, dass die Dienstleistung aufrecht bleibt und dass dieser Verein was bekommt, dass er den einen oder anderen Mitarbeiter quasi kareziert von uns bis zu drei Jahren ausgeliehen bekommt und es täte auch unserem Magistrat gut und einigen Mitarbeitern und die haben sich schon gemeldet, die gesagt haben, ich kann mir das einmal vorstellen, mir steht meine Arbeit und vielleicht auch das eine oder andere dort oder da bis da rauf, ich möchte einmal hinaus, ich möchte was anderes probieren in meinem Leben, das ist heute bei so vielen Bereichen der Fall, es würde vielleicht auch dem einen oder anderen Mitarbeiter des Magistrates gut tun, für ein, zwei oder drei Jahre, mit der Sicherheit zurückzukommen draußen Erfahrungen zu sammeln und diese Erfahrungen dann aber wieder umgekehrt da herinnen einzubringen. Und das war ein Vorschlag, den werden wir wahrscheinlich noch intensiv zu besprechen haben, es sollte nur ein Angebot sein, das man nicht nur sagt, wir streichen Geld und wir werden das selbstverständlich auch mit der Personalvertretung besprechen. Erstes kleines Gespräch dazu hat es schon gegeben, das macht nicht nur Freude, wenn man bei einem Sparpaket was kürzt und es wird vielleicht den einen oder anderen dort treffen, aber ich glaube, es ist zumindest eine zusätzliche mit Hirnschmalz ausgedachte Geschichte, wie man jemandem helfen kann und vielleicht gleichzeitig auch eine positive Situation für die Stadt gewinnt (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Rücker**: Jetzt kann ich den Gedanken, dass, wenn ich in einem Verein bin, ich bin ja auch in einem Verein, ein Personalbedarf entsteht dadurch, dass eine MitarbeiterIn neu zu besetzen ist, dass ich dann als erstes an die subventionsgebende Stadt herantrete und nachfrage, ob im Pool eine MitarbeiterIn ist, diesem Gedanken kann ich ja etwas abgewinnen, das gibt es ja auch mit anderen Fördergebern so, solche Vereinbarungen. Der Gedanke, dass die Arbeit in den Vereinen, so wie sie jetzt läuft und finanziert ist, geht es ja oft darum, dass wir befristete Dienstverhältnisse haben, Arbeitsbedingungen, die nach unten lizitiert werden, Stundenkürzungen, wo ist der Einsparungseffekt für die Stadt, wenn jemand, der hier zum Beispiel voll beschäftigt ist, in einem Verein für ein paar Stunden unterkommt? Was ist mit der Personalplanung bezüglich auf einen Pool, wenn ich weiß, welches spezielle Wissen und Know-how in einem Verein notwendig ist, wie wird das koordiniert, das wäre doch eine Frage, die, bevor sie an die Medien geht, mit den Betroffenen zu diskutieren ist und das will ich. Ich will, dass darüber gesprochen wird, wie das wirklich umzusetzen ist und bis jetzt ist es eher ein Vorschlag, der in einer gewissen Weise etwas zynisch aufgefasst werden muss auf Seiten der Vereine, vor allem weil ganz bewusst miteinkalkuliert wird, dann werden halt die Leute wegrationalisiert auf der einen Seite und die kontinuierliche Arbeit dort wirklich in Frage gestellt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist ein bisschen das Glas halb voll oder das Glas halb leer. Es gibt Vereine, die haben nicht einmal eigene Leute befristet oder unbefristet beschäftigt, sondern die lagern auch gewisse Arbeiten an jemanden aus. An einen Steuerberater, der die Buchhaltung macht, oder sonstiges. Es steht ja noch überhaupt nirgends geschrieben, dass gerade der Fall, den Sie jetzt beschrieben haben, positiv noch Effekte zustande bringt, weil wenn ich heute jemanden habe, zum Beispiel im Rechnungswesen, den wir in der Stadt Graz für solche Zwecke einsetzen könnten, dann kann der vielleicht die Buchhaltung für zehn oder 15 Vereine sogar machen, ist damit auch ausgelastet und wir helfen gleich 15 Vereinen damit und so ist es gedacht. Da geht es nicht darum, jemanden zu bestrafen dort drinnen, ich weiß, da geht es immer um die Existenzängste und Sorgen, aber bevor ich kein Geld und keine Personalsubvention gebe, versuche ich diese optimale

Optimierung und Ausnutzung unseres Personalstandes, wenn es dazu kommt und das war der Vorschlag, den habe ich gemacht, um zu diskutieren und da kommen wir wahrscheinlich dann schon zusammen, das was Sie jetzt beschrieben haben ist genau so ein Fall. Es wird vielleicht jemand bei einem Trachtenverein und bei einem karitativen Verein vielleicht die Buchhaltung machen und vielleicht bei noch fünf anderen Vereinen mit, das ist jetzt zum Teil ehrenamtlich, zum Teil aber auch schon bezahlt und wie gesagt, es ist eine Chance, wenn Sie mir anderes intelligentes Sparen, das ist ein intelligentes Sparmodell, zeigen, bin ich gerne bereit, darüber zu diskutieren, aber verwerfen Sie es mir bitte nicht gleich vorweg.

GRin. **Rücker:** Nur eine Frage, wenn ein Verein jetzt zum Beispiel mit dem direkten Geld, das er über Subventionen erhält (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) die Miete finanziert und nicht Personalkosten finanziert und die Stadt sagt, sie finanziert jetzt diese Subvention nicht mehr und stellt dafür Räume zur Verfügung, heißt es das? Also ich denke mir, die Frage ist, wie wird damit umgegangen, wie jetzt Vereine ihre finanzielle Gebarung bestreiten, das ist ja nicht so locker, dass man sagt, ich habe jetzt ein Geld von der Stadt und dafür beschäftige ich eine Person und das kann man 1 : 1 umlegen. Also deswegen erscheint es mir so wenig durchdacht, weil ich einfach die Vereinsfinanzierungen kenne und weiß, wie kompliziert das ist und eigentlich das Gefühl entsteht, man wird nicht ganz ernst genommen mit dem, was man da unter sehr viel Aufwand, sehr viel Entbehrungen, teilweise sehr viele Risiko, persönlichem Risiko, leistet über Jahre hinweg, das ist als Gefühl stehen geblieben und vor allem deswegen, weil eben darüber keine Kommunikation stattgefunden hat.

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich habe die Meinung, weil sich viele bei mir eher positiv gemeldet haben, dass das richtig übergekommen ist, bei denen, wo es nicht gleich funktioniert hat auf Grund einer Zeitungsmeldung wird spätestens dann passieren, wenn man das Modell erklärt. Ich habe positive Rückmeldungen, sowohl von Bediensteten als auch von Vereinen, die sagen, das wäre gut und auch ihre Anregung und Idee ist,

wenn mir jetzt Räumlichkeiten überblieben, weil wir andere Bereiche nicht mehr machen und wir aus dem Mietverhältnissen nicht aussteigen können oder Räumlichkeiten nicht verkaufen können, dann sollten wir auch diese in der Zwischenzeit nutzen und dann kann man die genauso anbieten. Also das ist nicht nur auf Personal bezogen, es kann auch auf Räume und Sachmittel bezogen sein. Aber das müssen wir uns, wie gesagt, genau anschauen, es war ein Vorschlag und jetzt beginnt dieser Diskussionsprozess und mit der Aufgabenkritik wird sich das bis zum Frühjahr hin dann eh entwickeln und da brauchen wir dann Magistratsdirektion, Personalämter und auch die Liegenschaftsabteilung dazu (*Applaus ÖVP*).

19) Volksschule Ries

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meines Erachtens hätten wir diese Anfrage gemeinsam behandeln können, aber lassen Sie mich, ich will das jetzt nicht noch in die Länge ziehen, lassen Sie mich nur zwei Punkte sagen. Der eine Punkt ist, und nachdem ich ja selber Bewohner des Bezirkes Ries bin, dass das, glaube ich, schon für die Bevölkerung ein harter Schlag ist, dass diese Schule weggekommen ist, wobei ja viele Gründe ja schon von den Kollegen gesagt wurden, warum und der zweite Grund, glaube ich, der auch natürlich schon demokratiepolitisch für mich fraglich ist, wenn es eine Befragung gibt, wo die Bevölkerung aufgerufen wurde und immerhin fast 25 %, und jeder weiß, der in der Politik tätig ist, dass immerhin 25 % doch eine schöne Summe ist und davon haben sich 99,28 %, das sind ja Ergebnisse, die ja nicht einmal der Breschnew im obersten Sowjet zusammengebracht hat, im ganzen waren es acht Stimmen, die dagegen waren und das, glaube ich, ist demokratiepolitisch doch sehr gefährlich, wenn man da beinhart drüberfährt, wobei es auf der anderen Seite auch kein riesengroßer Betrag ist, der die Stadt Graz nicht in ein totales Finanzchaos stürzen würde und der Kollege Candussi hat es ja auch angeschnitten, wenn Sie nur ein bisschen guten

Willen zeigen würden, dann könnten wir es ermöglichen, diese Volksschule Ries wieder in Betrieb zu nehmen.

Nachdem ich annehme, dass Sie mir auf meine Frage wahrscheinlich nichts anderes antworten werden als vorher, werde ich die Frage sozusagen zurückstellen und beim nächsten Mal, wenn das, nachdem Sie ja auch formal Sachen zurückziehen, dass das offizielle Wahlergebnis noch nicht verlautbart worden ist, werde ich mir erlauben, beim nächsten Mal wieder vielleicht in Absprache mit den anderen Fraktionen diese Frage zu stellen. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, danke Herr Gemeindeart. Ich gebe ihnen aber gleich die Antwort darauf, weil Sie fragen mich ja nur, inwieweit der Finanzreferent und der Stadtrat Eiselsberg schon geklärt haben, wie man diese Mittel umschichten kann, das ist nicht der Fall, weil Sie kennen die Ehrlichkeit des Budgets und wir müssen das beim Budgetbeschluss machen. Diesbezüglich hat es keine Beratungen gegeben, zumindest sind mir keine bewusst und ich ziehe mich nicht auf den Formalakt zurück, sondern da muss ich klar sagen, wir müssen das Endergebnis hier im Gemeinderat behandeln, wollen wir auch behandeln, heute habe ich noch einmal versucht, klarzumachen auch meine persönliche Meinung zur Causa Riesschule (*Applaus ÖVP*).